Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht"
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 34. **Bielefeld, Mittwoch, 10. Februar 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Gegen das Ausnahmegesetz.

Im Reichstage hat der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, sich entschieden gegen den Verdacht gewehrt, daß die Regierungen an „Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie" dächten. In der selben Rede aber hat Herr v. Bethmann-Hollweg ein Ausnahmegesetz schlimmster und gehässigster Art angekündigt.

Darauf kommt in Wahrheit die Vorlage zur Reform der Arbeiterversicherung nach den eigenen Angaben des Ministers hinaus.

Soll doch das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Ortskrankenkassen beseitigt, das Selbstverwaltungsrecht der Unternehmer dagegen in den Berufsgenossenschaften im wesentlichen beibehalten werden. Der arbeiterfreundliche Herr kündigte mit der freundlichsten Miene von der Welt an, daß den Arbeitern der entscheidende Einfluß auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen entrissen werden soll, daß die Arbeiter in Zukunft nur noch die Hälfte der Mitglieder in den Generalversammlungen und in den Kassenvorständen entsenden und unter die Vormundschaft eines angeblich unparteiischen Vorsitzenden gestellt werden sollen. Dagegen ging der Redner mit überaus vorsichtigen allgemeinen Redewendungen um die Frage herum, ob das neue Gesetz auch nicht auch einigen Wünschen der Arbeiter in bezug auf die Festsetzung der Unfallrenten „gerecht werden kann". Davon, daß die Arbeiter zur Mitarbeit bei der Leitung der Berufsgenossenschaften herangezogen werden sollen, sprach er überhaupt nicht. Das kommt für die Regierungen gar nicht in Frage. In den Berufsgenossenschaften sollen die Unternehmer die allein maßgebenden Herren bleiben. — Die freien Hilfskassen, auch die, die sich aufs beste bewährt haben, sollen nicht mehr als voll berechtigte Kassen gelten und zu Zuschußkassen unter der Aufsicht des Reichsamtes für Privatversicherung degradiert werden. Die Betriebs- und Innungskrankenkassen dagegen, die nur zu oft zu den bittersten Beschwerden der Arbeiter Anlaß gegeben haben, sollen erhalten bleiben.

Mit diesem schäbigen Ausnahmegesetz sollen die Arbeiter dadurch möglichst versöhnt werden, daß die Zwangsbeiträge der Arbeiter von zwei Drittel auf die Hälfte der Gesamtbeiträge herabgesetzt werden. So töricht sind jedoch die Arbeiter im Zeitalter des Zollwuchers nicht, daß sie sich durch einen solchen Schwindel irreführen lassen. Sie haben nachdrücklichst erklärt, daß sie gar nicht daran denken, für das Linsengericht das Selbstverwaltungsrecht zu verkaufen. Dennoch soll ihnen dieser Verkauf aufgezwungen werden.

Bezeichnend ist, daß der Minister auch nicht ein einziges Wort fand, um die geplante Entrechtung der Arbeiter zu rechtfertigen. Offenbar schämte er sich, die alten Schauergeschichten von den fürchterlichen Mißständen in den „sozialdemokratischen" Krankenkassen von neuem vorzutragen. Denn die Verhandlungen im Reichsamt des Innern haben ja auch ihm gezeigt, wie unbegründet ein solches Geschwätz gegen die jetzige Verwaltung der Ortskrankenkassen ist. Wie kommt er aber nach diesem Ergebnis der Verhandlungen im Reichsamt des Innern dazu, die Entrechtung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen zu fordern?

Ueber die arbeiterfeindliche Praxis der Berufsgenossenschaften haben die Vertreter der Arbeiter in jenen Verhandlungen „in sehr ausführlicher Weise", wie der Minister selbst aus der Schule plauderte, berichtet. Das hat aber die Regierungen durchaus nicht veranlaßt, gegen das Selbstverwaltungsrecht der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften vorzugehen. Im Gegenteil entrüstete sich der Staatssekretär gar gewaltig über die „ganz ungeheuerliche Verallgemeinerung", die darin liege, daß die Sozialdemokraten „darum, weil Beschwerden vorkommen", die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften bekämpfen. Also hier, wo es sich um das Selbstverwaltungsrecht der Unternehmer handelt, dieser große Eifer gegen eine gründliche Aenderung, obgleich nur zu viele und nur zu gut begründete Beschwerden vorliegen — in den Krankenkassen aber soll unbedingt ein Ende mit der Selbstverwaltung der Arbeiter gemacht werden, die sich als das beste Mittel zur Förderung der Fürsorge für die kranken Arbeiter bewährt hat.

Kann es ein schlimmeres Ausnahmegesetz geben als dieses, das, um nur die Arbeiter zu entrechten, nicht einmal Rücksicht auf die Fürsorge für die erkrankten Arbeiter nimmt?

Aber noch mehr! Gerade jetzt treten die Regierungen mit einer solchen Vorlage an die Oeffentlichkeit — gerade jetzt, da die bürgerlichen Parteien im Begriff sind, dem arbeitenden Volke trotz seiner schlimmen Notlage infolge der wirtschaftlichen Krise neue indirekte Steuern aufzuerlegen. Die Arbeiter sollen immer mehr ausgebeutet werden und sich zum Lohne dafür immer tiefer unter das Joch der Rechtlosigkeit beugen.

Kann es eine schmählichere Provokation der Arbeiter geben?

Diese schwere Schädigung, diese Schmach und Schande muß die Arbeiterschaft unter allen Umständen von sich fernhalten. Ein einstimmiger Protest der gesamten Arbeiterschaft muß die Antwort auf die Vorlage der Regierungen sein. Mit gemeinsamen Kräften muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf gegen das neue Ausnahmegesetz aufnehmen und ihn mit immer größerem Nachdruck führen, bis die Regierungen mit ihrem neuesten Attentat auf eins der wichtigsten Arbeiterrechte ebenso kläglich scheitern, wie es bei der Zuchthausvorlage der Fall gewesen ist.

Die Schließung des österreichischen Parlaments.

P. Wien, 7. Februar.

Unter dem Lärm von Trommeln, Pfeifen und Trompeten ist das österreichische Parlament am Freitag geschlossen worden. Sieben verantwortungslose Desperados, sieben — um das einzige passende Wort zu gebrauchen — sieben Lausbuben haben mit eigens hierzu verfertigten Lärminstrumenten die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses völlig lahmgelegt und die Regierung hat, um den vielen anderen Schwierigkeiten der politischen Situation zu entgehen, die Gelegenheit benutzt, sich des Parlaments für einige Zeit zu entledigen. Seit drei Monaten regiert nun Herr v. Bienerth diesen Staat und von Tag zu Tag wird seine Unfähigkeit eklatanter. Seine Impotenz erkennend, hat er sich das Prinzip zurechtgelegt, daß es nicht Sache der Regierung sei, die Schwierigkeiten, die sich im parlamentarischen Getriebe ergeben, zu beseitigen, sondern daß sich die Parteien selbst aus schwierigen Situationen heraushelfen müßten. Eine solche Anschauung muß natürlich in einem Parlament, in dem acht Nationen um die Macht kämpfen, in einem Parlament also, das keine Majorität haben kann, von einer Krise zur anderen führen. Aber Herrn Geßmann paßte es, gerade den unfähigsten Mann zum Ministerpräsidenten zu machen, und die Herrenhäusler freuten sich, daß es im Abgeordnetenhause, dem Hause des allgemeinen Wahlrechts, drunter und drüber gehe. Mehrmals haben die Sozialdemokraten, wenn der Karren völlig verfahren war, eingreifen müssen, um dem Parlament weiter zu helfen. Aber was nutzte das, wenn Bienerths Dummheit neue Krisen schuf? Ein Dutzend Dringlichkeitsanträge verrammelten den Weg zur Tagesordnung, als das Parlament nach den Weihnachtsferien zusammentrat, jetzt sind ihrer schon über vierzig. Vergebens erklärten sich die Sozialdemokraten in den Obmännerkonferenzen bereit, mitzuhelfen, um die frivole Obstruktion der Tschechischradikalen zu besiegen, wenn nötig durch ununterbrochene Tag- und Nachtsitzungen. Dabei muß man bedenken, daß das nicht schwer war, da die Obstruktion nur von kaum einem Dutzend von Abgeordneten ausging, die die Unterschriften für ihre Dringlichkeitsanträge nur von dem Abfall der großen Parteien bestritten. Nicht einmal dazu konnte sich Herr v. Bienerth aufraffen, bei der Verhandlung von fünf nationalen Dringlichkeitsanträgen die Anregung der Sozialdemokraten zu fördern, daß alle nationalen Angelegenheiten einem eigenen Ausschusse zugewiesen werden sollten.

Daß selbst die nationalen Parteien auf beiden Seiten zum Frieden geneigt waren, von den paar Tschechischradikalen abgesehen, geht aus der Art, wie das von der Regierung vorgelegte Sprachengesetz aufgenommen wurde, hervor. Weder die Deutschen noch die Tschechen waren damit zufrieden, aber beide erklärten sich bereit, das Gesetz zur Basis weiterer Verhandlungen zu machen. Da aber wegen der vielen Dringlichkeitsanträge eine sofortige Beratung des Sprachengesetzes nicht möglich war, einigte man sich dahin, eine Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten, mit der er das Gesetz dem Hause vorlegte, abzuführen. Obzwar diese Debatte vom Hause einstimmig beschlossen wurde, begannen die Tschechischradikalen sofort eine lärmende Obstruktion. Angeblich müßten die Dringlichkeitsanträge vorangehen, behaupteten sie, obzwar auf ihre Anregung von tschechischer Seite der Antrag gestellt worden war, die Debatte sofort abzuführen. Daß es sich ihnen dabei bloß um einen Vorwand zum Lärmmachen handelte, ergibt sich daraus, daß sie die Instrumente, die sie zum Lärmen benutzten, eigens zu diesem Zweck hatten verfertigen lassen.

Es waren nicht mehr als sieben Personen, die sich an dem Krawall beteiligten, aber der Lärm war so intensiv, daß jedes Verhandeln unmöglich war. Das Parlament ließ sich diesen frechen Angriff ruhig gefallen. Man hoffte, es werde in der nächsten Sitzung Ruhe sein. Als sich der Lärm später wiederholte, schloß Herr v. Bienerth die Session.

Was Herr v. Bienerth damit bezweckt, weiß wahrscheinlich nicht einmal er. Denn daß er jetzt mit dem berüchtigten § 14 regieren könnte, glaubt er wohl selbst nicht. Das würde ihm sehr übel bekommen, wenn er dann das Parlament doch wieder zusammenrufen müßte. Und schließlich geht es doch schwer an, die Annexion Bosniens mit einem Verfassungsbruch zu genehmigen. Das wäre Wasser auf die Mühle der Feinde Oesterreichs, wenn sie darauf hinweisen könnten, daß selbst das österreichische Parlament die Annexion nicht genehmigt habe. Also mit dem § 14 ist es nichts. Bleibt also nur übrig, daß Herr v. Bienerth die Schließung vorgenommen hat, um die Dringlichkeitsanträge wegzubringen. Aber wenn er damit auch diesen Erfolg erzielt, so vernichtet er zugleich alles, was das Haus und seine Ausschüsse bisher geleistet haben. Wenn das Parlament in einigen Wochen — wie man erwartet — wieder zusammentritt, wird dann die Regierung wohl im dringlichen Wege die erste Lesung des Sprachengesetzes absolvieren lassen können, aber dann wird auch die erste Lesung des Budgets, der Eisenbahnverstaatlichung und des Annexionsgesetzes — Gesetze, die bereits in den Ausschüssen sind — wiederholt werden müssen, was viel kostbare Zeit konsumieren wird. Herr v. Bienerth wird dann sehen, daß er, um kleinen Schwierigkeiten zu entgehen, sich in größere Schwierigkeiten begeben hat.

Die Schließung des Parlaments hat keinen vernünftigen Grund, sie ist nur der Ratlosigkeit der Regierung entsprungen. Nun wird Herr v. Bienerth versuchen, sein Kabinett zu rekonstruieren, und wenn ihm die Wiederherstellung der früheren parlamentarischen Koalition nicht gelingen sollte, ein Beamtenkabinett zu gründen. Aber es ist kein Zweifel, daß seines Bleibens nicht lange ist. Wenn er selbst es noch immer nicht einsehen sollte, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, so wird man ihm das bald nach dem Zusammentritt des Parlaments mit aller Entschiedenheit klar machen müssen. Aber man wird dann auch noch mit den anderen Schuldigen abrechnen müssen. Es ist nicht anzunehmen, daß das tschechische Volk die Komödianten selbst abschütteln wird, aber sicher ist, daß sich das Parlament solche traurige Szenen nicht noch einmal gefallen lassen wird. Die Sozialdemokraten waren schon diesmal entschlossen, die bübischen Störungen mit Brachialgewalt zu verhindern, wenn das Parlament wieder der Schauplatz solcher Vorkommnisse werden sollte, wird mit den frechen Schändern des Volkshauses kurzer Prozeß gemacht werden. So kann vielleicht gerade dieser gegen das Parlament gerichtete Streich zur Gesundung und Kräftigung des Parlaments ausschlagen, wenn es sich entschließt, sich gegen das ihm feindliche und unfähige Ministerium wie auch gegen die zuchtlosen Elemente, die seine friedliche Entwicklung gefährden, mit Energie zur Wehre zu setzen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Onkel Eduard ist nun glücklich in Berlin angelangt. Am Brandenburger Tor hat ihn, wie das bei der Ankunft fremder Souveräne in Berlin üblich ist, der Oberbürgermeister Kirschner mit dem Hute in der Hand begrüßt. Daß das Berliner Bürgertum nicht zum Bewußtsein der würdelosen Rolle, die es bei solcher Gelegenheit spielt, kommt. König Eduard wird sich baß gewundert und dabei an Londons Lord-Mayor gedacht haben, was der wohl für ein Gesicht machen würde, wenn an ihn die Zumutung einer solchen Hausknechtsrolle erginge. Es wird eben ein jeder so behandelt, wie er es sich gefallen läßt.

Die neue Justiznovelle. Nach Erledigung der Strafprozeß-Reform im Bundesrat soll sofort die neue Justiznovelle durchberaten werden. Wie verlautet, trägt sich Herr Dr. Nieberding mit der Absicht, den Gesetzentwurf noch in dieser Session dem Reichstage zugehen zu lassen. — Daß die Novelle noch erledigt werden kann, erscheint bei der Geschäftslage im Reichstage völlig ausgeschlossen.

Vom Kriege gegen die Polen. Gleiwitz, 9. Febr. Ein gewaltiger Massenprozeß, der sich gegen die Vorstände und eine große Anzahl von Mitgliedern katholisch-polnischer Vereine richtet, nimmt hier am 22. Februar seinen Anfang. Die Anklage lautet auf Hoch- und Landesverrat.

Der Kampf um das Oldenburger Wahlrecht. In der Plenarsitzung des Oldenburger Landtages vom Dienstag kam es gleich zu Beginn zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte über die am Tage vorher von der agrarisch-ultramontanen Mehrheit beliebte Obstruktion und über den von der Minderheit eingebrachten Geschäftsordnungsantrag, die Abstimmung über die Pluralwahlrechtsanträge zu wiederholen. Das Ergebnis der Debatte gipfelte darin, daß in der wiederholten Abstimmung der Antrag des Abg. Müller-Brake: das Pluralwahlrecht nach dem Alter abzustufen, und dem Besitz, sowie den Beamten des Staates und der Kommunalverbände und den selbständigen Gewerbetreibenden eine zweite Stimme zu geben, mit 22 gegen 22 Stimmen, also mit Stimmengleichheit, abgelehnt wurde, im Gegensatz zu der Sitzung vom Freitag voriger Woche, in der dieser Antrag mit 23 Stimmen angenommen wurde (gegen 21 Stimmen). Die eine Stimme des Abg. Funch hat also diesmal den Ausschlag gegeben.

Nach dem Staatsgrundgesetze mußte diese Abstimmung — weil Stimmengleichheit vorhanden war — noch einmal wiederholt werden. Das geschah am Schlusse der Sitzung, das Resultat blieb jedoch dasselbe.

In der weiteren Debatte über das Wahlgesetz wurde ein Antrag: bei den Wahlen das Verhältniswahlsystem, verbunden mit der Gruppenwahl, zugrunde zu legen, mit 32 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und einige Liberale. Die Debatte wird fortgesetzt.

Der badische Block gescheitert. Zwischen den Nationalliberalen und den Freisinnigen in Baden ist die angebahnte Einigung endgiltig gescheitert: Die Freisinnigen waren zwar bereit, die Vorschläge der Nationalliberalen zu akzeptieren, sie lehnten es aber ab, in Lörrach-Land für den Führer der Nationalliberalen, Dr. Obkircher, zu stimmen. Die Demokraten allein wollen mit den Nationalliberalen nicht gehen, machen aber doch den Vorschlag, für einzelne Wahlkreise ein Zusammengehen aller liberalen Richtungen herbeizuführen. Nur in den Kreisen, in denen das unmöglich wird, soll jede Partei den Kampf auf eigene Faust führen.

Zentrums-Herzöge. Ein Vorgang, der sich in Stuttgart bei der kürzlich erfolgten Verbrennung der Leiche des Prinzen Ernst zu Sachsen-Weimar abspielte, wo der König von Württemberg der Verbrennung beiwohnte, während sich die drei katholischen Herzöge Albrecht, Robert und Ulrich, von denen der erstere der württembergische Thronfolger ist, vor dem Eingang ins Krematorium demonstrativ entfernten, scheint weitere Kreise ziehen zu sollen. In der nationalliberalen Presse wurde hervorgehoben, daß der Verstorbene mit der württembergischen Königsfamilie nahe verwandt und außerdem seinem militärischen Range nach Brigadekommandeur gewesen sei, welche Umstände den drei Herzögen gewisse Verpflichtungen zur Teilnahme an seinem Leichenbegängnis auferlegt hätten. Außerdem hätten sie schon aus Rücksicht auf den König mitgehen müssen. Darauf antwortet jetzt das Stuttgarter Zentrumsorgan sehr erregt und teilt mit, daß die Herzöge den König von ihrer Absicht, sich vor der Verbrennung zu entfernen, ausdrücklich hätten verständigen lassen. Damit wird aber die Absicht, den Gegensatz zwischen den toleraten Anschauungen des jetzigen und der Unduldsamkeit des zukünftigen Königs nach außen hervortreten zu lassen, nur noch deutlicher kundgetan.

Da der Herzog Albrecht schon des öfteren — ohne Rücksichtnahme auf die Gefühle der Mehrheit der Bevölkerung — seine Zentrumspolitik in der württembergischen ersten Kammer getrieben hat, so zeitigte auch der obige Vorgang ausgedehnte Erörterungen, die vermutlich auch noch im Landtag einen Widerhall finden werden.

Eine deutsch-französische Verständigung über Marokko. Zwischen dem Staatssekretär v. Schön und dem französischen Botschafter Cambon ist in der Marokkofrage ein Abkommen getroffen worden, das weiteren Verwicklungen vorbeugen soll. Frankreich versichert, daß die Unabhängigkeit Marokkos nicht angetastet werden soll. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands werden anerkannt. Dagegen erkennt Deutschland die Berechtigung Frankreichs an, in Marokko für Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Beide Regierungen erklären, daß sie keine Maßregel ergreifen noch ermutigen werden, die geeignet wäre, zu ihren eigenen Gunsten oder zugunsten irgend einer Macht wirtschaftliche Vorrechte zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen an denjenigen Geschäften gemeinsam zu beteiligen, deren Ausführung diesen übertragen werden sollte.

Man sieht, wenn der Wille da ist, findet sich auch ein Weg, und daß diese Verständigung gerade an dem Tage, wo König Eduard in Berlin weilt, veröffentlicht werden konnte, ist ein entschiedener Erfolg der deutschen Diplomatie. Und um diese marokkanischen Differenzen sollte es zum Kriege kommen? Welche Tollheit!

Aus dem Reichstag.

Rechnungskommission. Bei der Rechnungsübersicht über das Schutzgebiet von Kiautschau für 1901/05 wurden wieder ganz bedeutende Ueberschreitungen festgestellt. Der Referent, Abgeordneter Schwarze-Lippstadt, konstatierte, daß die Ueberschreitungen bei einzelnen Titeln die Höhe von 400 Prozent erreichen. Zum Ausgleich wurde der Reservefonds verwendet. Abgeordneter Ulrich stellte fest, daß für sächliche und vermischte Ausgaben 29577 Mark mehr ausgegeben wurden. Darunter befindet sich ein Betrag von 4000 Mark für Einrichtung einer Kartendruckerei, die man ausgegeben hat, weil ein Katasterbeamter auf Urlaub nach Deutschland ging und weil unter den Ablösungsmannschaften zufällig 2 Leute sich befanden, die mit diesen Arbeiten umgehen konnten. Ulrich bestritt die Rechtmäßigkeit dieser Ausgabe. Auf eine Anfrage teilte ein Vertreter der Verwaltung mit, daß die „deutsch-asiatische Warte" mit 2700 und ein chinesisch gedrucktes Blatt mit 3600 Mark unterstützt werden, um die amtlichen Bekanntmachungen genügend unter die Leute zu bringen. Abgeordneter Dörcke (natl.) regte an, man möge ein gesetzliches Recht schaffen, nach welchem die Rechnungskommission des Reichstages, resp. die Referenten mit dem Rechnungshof direkt in Verbindung treten können. Unsere Genossen stimmten dieser Anregung zu. Eine Beschlußfassung erfolgte noch nicht.

Die Kolonialverwaltung gab schließlich zu, daß die Quermole im Hafen von Swakopmund völlig versandet sei; auch der völlig mißlungene Bau eines Ziegelofens in Windhuk wurde zugegeben. Durch eine Ersatzklage gegen die beteiligten Personen wurde aber festgestellt, daß ihnen keine Schuld beizumessen sei. Für die versandete Quermole sind 320000 Mark ohne Genehmigung des Reichstages ausgegeben worden. Der schuldige Beamte ist längst aus dem Reichsdienst ausgeschieden; ein Prozeß wäre aussichtslos.

Abgeordneter Hengsbach verlangt entschieden, daß den Beamten einmal klargemacht werden müsse, daß sie eigenmächtig keine Ausgaben machen dürfen. Hier sei Beanstandung am Platze.

Mit 4 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde die Beanstandung der 320000 Mark beschlossen.

* * *

In der Sitzung der Finanzkommission sprach am Dienstag zunächst der Abg. Roesicke vom Bund der Landwirte gegen das Nachlaßsteuergesetz. Es sei kein antiagrarisches Gesetz, das gebe er zu, es werde auch nicht die Opposition allein aus agrarischen Kreisen betrieben, sondern weite Kreise seien dagegen. Redner kommt auf die Zitate des „Vorwärts" aus dem agrarischen Handbuch zu sprechen. Diese Zitate seien herausgerissene Sätze; es seie wichtige Sätze ausgelassen worden. Redner wünscht dann, daß die indirekten Steuern mehr ausgebaut werden. Es sei falsch, wenn man von den schwachen Schultern der Arbeiter rede; die starken Schultern seien die Industriearbeiter, die schwachen seien die der Landwirtschaft. — Schatzsekretär Sydow wendet sich gegen Roesicke. Der Sitz der Opposition sei der Bund der Landwirte, die Landwirtschaftskammern und die Bauernvereine; in Mittelstandskreisen sei sie nicht entstanden. Die vorgeschlagene Steuer sei nur eine Steuer für die reichen Leute. — Abg. Paasche erklärt sich gegen die Nachlaßsteuer. Die Steuer schaffe Unmut und wirke vexatorisch.

Der sächsische Finanzminister verteidigt noch einmal seinen Standpunkt.

Abg. Geyer (Soz.) erklärt, Emmel und Ulrich hätten bereits betont, daß wir dem Prinzip der Erbschaftssteuer zustimmen; aber freudig begrüßt hätten wir es nicht, wie der Abg. Herold gesagt habe, denn das Prinzip sei in dem Gesetzentwurf verzerrt und entstellt. Der Ertrag biete nur einen Pappenstiel; auch bestehe nicht, wie Abg. Herold gesagt habe, zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie eine prinzipielle Uebereinstimmung, wie sie in der parlamentarischen Geschichte noch nicht dagewesen sei, die Sozialdemokratie habe die Forderung der Erbschaftssteuer im 2. Teil ihres Programms. Abg. Roesicke habe gesagt: die starken Schultern seien die industriellen Arbeiter, die schwachen die Landwirtschaft. Wir seien schon an manche agrarische Unverschämtheiten gewöhnt, aber diese übersteige alles bisher Dagewesene. (Der Vorsitzende rügt darauf diese Aeußerung.)

Dann entsteht eine lange Geschäftsordnungsdebatte, deren Ergebnis ist, daß die Weiterberatung des Gesetzentwurfs mit 15 gegen 13 Stimmen ausgesetzt wird. Eine Subkommission solle eingesetzt werden, die dann über die einschlägigen Gesetzentwürfe und Anträge beraten soll.

Nächste Sitzung Mittwoch um 10 Uhr.

Das neue Weingesetz

ist am Sonnabend in der Kommission in dritter Lesung einstimmig angenommen worden. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Der erlaubte Zusatz an Zuckerwasser ist auf ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit beschränkt. Die Zuckerung soll nur geschehen, um einem Mangel an Zucker oder Alkohol abzuhelfen. Die Zuckerung darf — der besseren Kontrolle wegen — nur vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember erfolgen; sie ist außerdem der Behörde anzuzeigen und darf, gleichfalls der besseren Kontrolle wegen, nur innerhalb der am Weinbau beteiligten Gebiete des Deutschen Reiches vorgenommen werden. Auf die Einschränkung der Zuckerung legen die Weinbauer den größten Wert, weil sie wissen, daß die Zuckerung der Vermehrung des Weines dient, denn der Zucker vergärt im Weine und erhöht dessen Alkoholgehalt, so daß nunmehr Wasser zugesetzt werden kann. Voraussetzung ist hierbei, daß der Wein einen starken Säuregehalt hat, wie das bei den meisten deutschen Weinen, im Gegensatz zu den südlichen Weinen, der Fall ist. Daher wurde für den sauren Wein, der einen starken Zuckerwasserzusatz ertragen konnte, ein höherer Preis gezahlt, als für das milde, ohne Zuckerung trinkfähige Produkt.

Der gezuckerte Wein darf auch nicht als reiner Wein feilgehalten oder verkauft werden. Ueber den Verschnitt, d. h. die Mischung verschiedener Weinsorten miteinander, wird bestimmt, daß solch gemischter Wein nach dem Anteil benannt werden muß, der die Art bestimmt, d. g. ein Drittel rassiger Rheingauer Wein behält seine Eigenart noch als Rheingauer, wenn er mit zwei Dritteln weichen, rheinhessischen Weines verschnitten wird. Will der Besitzer aber eine Weinbergslage angeben, will er z. B. sagen: „Rüdesheimer Berg", so muß mindestens die Hälfte der Trauben am Rüdesheimer Berge geerntet sein. Ein Verschnitt von Rot- mit Weißwein muß — wenn er als Rotwein in den Verkehr gebracht wird — als „Gemisch" deklariert sein.

Von weiterer Wichtigkeit ist noch, daß außer den Weinhändlern, die im allgemeinen durch das Handelsgesetzbuch zur Führung von Büchern verpflichtet sind, auch die Winzer Geschäftsbücher führen sollen. Damit soll dem Kontrolleur die Möglichkeit gegeben werden, aus den Büchern zu ersehen, was die chemische Analyse verschweigt. Für den Gesetzgeber ist Grundsatz: Mißtrauen, auch gegen Winzer! Deshalb soll er angeben, wie groß die abgeernteten Weinbauflächen sind, welche Mengen er aus dem eigenen Gewächs genommen, was er hinzugekauft, was er verkauft, wieviel er zur Herstellung des Haustrunkes verwendete usw.

Für den Kognak wurde bestimmt, daß in ihm mindestens 38 Raumteile Alkohol enthalten sein müssen; wird er als Kognakverschnitt in Verkehr gebracht, so muß der Alkoholgehalt derselbe sein. Aber es brauchen nur 10 Prozent Weingeist zu sein. Auch der Kognak unterliegt der Keller- und Buchführungskontrolle. Das Gesetz soll mit dem 1. September in Kraft treten, damit die diesjährige Weinlese noch darunter fällt.

Agrarische Ausflüchte.

Nachdem auch der preußische Finanzminister offiziell festgestellt hat, daß von der Nachlaßsteuer nur etwa ein Fünftel der Landwirte betroffen würde, und selbst solche mit schon sehr bedeutendem Besitz nur in sehr geringem Maße, können die Agrardemagogen, die den Bauern vorschwindeln, die Nachlaßsteuer werde ihre Nachkommen ruinieren, nicht mehr ausweichen; sie müssen zu den Zahlen Stellung nehmen. So sagt denn das Berliner Bündlerorgan:

„Das mag richtig sein, obwohl die Behauptung nur auf Schätzung beruht und obwohl wir daran zweifeln, ob das landwirtschaftliche Inventar mit berücksichtigt sei. Tatsächlich ist aber dieser Hinweis von sehr geringer Bedeutung. Ist einmal die Nachlaßsteuer eingeführt, so muß mit Sicherheit erwartet werden, daß binnen kurzem die Grenze der Steuerfreiheit herabgesetzt werden wird."

Und nach Wiederholung der vom Finanzminister gegebenen Zahlen über die Geringfügigkeit der in Form von Renten entrichteten Nachlaßsteuer: „Der Finanzminister hat mit diesen Beispielen nachweisen wollen, daß die Steuer, insbesondere wenn die Zahlungsform der Rente gewählt wird, erträglich sei. Für uns sind diese Zahlen nicht im mindesten beweiskräftig. Abgesehen davon, daß die Steuer oder die Rente auch in dieser Höhe oft nicht leicht aufgebracht werden wird, gilt auch hier das, was wir schon oben sagten, daß nämlich binnen kurzem nicht nur eine Herabsetzung der Steuerfreiheitsgrenze, sondern auch eine Erhöhung der Steuersätze zu erwarten sein wird. Die offiziöse Presse hat ja bereits auf den Vorzug der Nachlaßsteuer hingewiesen, der darin besteht, daß sie in schweren Zeiten ohne besondere Schwierigkeiten erhöht werden kann. Sei dem aber wie ihm wolle: unsere grundsätzlichen Bedenken werden durch diese Dinge nicht im mindesten berührt. Darauf ist gestern in der Kommission mit vollem Rechte hingewiesen worden. Was uns zu so entschiedenen und unbeugsamen Gegnern der Nachlaßsteuer macht, das sind in erster Linie die tiefgreifenden und unüberwindlichen ethischen Bedenken."

Die Masse der ländlichen Grundbesitzer wird von der vorgeschlagenen Steuer überhaupt nicht, die größeren Grundbesitzer werden nur geringfügig belastet. Aber die „grundsätzlichen Bedenken" bleiben trotzdem, denn die Steuer könnte ja einmal erhöht oder erweitert werden. Haben die Agrarier dieses Bedenken etwa auch gelten lassen, als der Getreidezoll von 1 Mk. eingeführt wurde? Wer es geltend gemacht hätte, den hätten sie verlacht. Hinterher hat man ihn auf 3 Mk. und 5 Mk. erhöht. Und das haben freilich die Agrarier als etwas Selbstverständliches hingenommen. Des ging aber auch in ihre Tasche. Wo sie selbst aber nur minimal mitzahlen sollen, da haben sie „unüberwindliche ethische Bedenken", die auch aufrecht erhalten werden, wenn ihren demagogischen Lügen der Boden unter den Füßen schwindet.

Arbeitslosen-Demonstration in Berlin.

Gestern vormittag fanden in Berlin und näherer Umgebung 15 Arbeitslosenversammlungen statt, die durchgängig überfüllt, teilweise abgesperrt waren. Die Besucher der Versammlung im Gewerkschaftshause zogen in geschlossenem Zuge — nachdem sie sich mit den Teilnehmern der Versammlung in Freyers Festsälen (Koppenstraße), die auf Umwegen nach dem Gewerkschaftshause marschiert waren, vereinigt hatten — der inneren Stadt zu. Der Straßenzug in gerader Richtung nach dem Kgl. Schloß war an der Prinzenstraße abgesperrt worden, so daß der inzwischen auf zirka 6000 Personen angewachsene Zug die Prinzenstraße aufwärts und dann durch die Oranienstraße marschierend seinem Ziele zustrebte. Einzelne Teilnehmer rissen die zu Ehren des englischen Königsbesuches an den Omnibussen und Straßenbahnwagen angebrachten Fähnlein herunter, so daß die Straßen bald damit wie übersät waren. Die auf das allgemeine Wahlrecht ausgebrachten Hochrufe übertönten sehr oft die patriotische Weisen spielenden Militärkapellen, die den nach der Kaserne zurückkehrenden Soldaten das Geleit gaben. Auch die Besucher der Versammlung in der Chausseestraße (Bockbrauerei) im Norden zogen der inneren Stadt zu. Verschiedene kleinere Trupps schlossen sich an, so daß auch hier ein bald mehrere tausend Personen umfassender Zug beisammen war, der sich unter dem Gesange der Arbeitermarseillaise und des Arbeiterliedes, Hochrufe aufs allgemeine Wahlrecht ausbringend, dem Rathause zu bewegte. Soweit kamen sie aber nicht; in der Dircksenstraße am Alexanderplatz schloß eine dichte Schutzmannskette den Durchgang ab. Der Zug wollte links abschwenken, dessenungeachtet befahl aber der Leutnant: „Schuppenketten herunter und Blankziehen!" und die Schutzleute hieben auf die wehrlose Menge ein; auch Frauen und Kinder, die friedlich ihres Weges gingen, wurden nicht geschont. Die Masse, die sich neu gesammelt den Durchgang erzwingen wollte, wurde immer wieder zurückgetrieben. Ein Zug von etwa 1000 Personen zog dann nach dem Friedrichshain und veranstaltete dort auf dem Friedhofe der Märzgefallenen eine würdevolle Demonstration. Gemessen zogen sie, unter Gesang des Liedes: „Ein Sohn des Volkes", zwischen den Gräbern entlang. Nachdem ein Genosse in einer kurzen Ansprache ermahnt hatte, den Vorkämpfern für Recht und Freiheit nachzustreben, erbrauste ein Hoch auf das freie Wahlrecht und die internationale Sozialdemokratie und bald hatte sich die Menge friedlich zerstreut. Ein anderer Zug marschierte, auch hier revolutionäre Lieder singend, von Unter den Linden her, die Friedrichstraße entlang, dem Belle-Alliance-Platz zu. Die Polizei war hierauf anscheinend nicht vorbereitet; ganz fassungslos sah man sie mit heruntergelassenen Schuppenketten aus den Nebenstraßen herbeieilen, um die Massen aufzuhalten. Da man sich nachgerade in Berlin schon seit langem an Massenaufgebote von Schutzleuten hat gewöhnen können, beachteten die Arbeiter dies nicht sonderlich. Ebenso schnell, wie man sich zerstreut hatte, kam man wieder zusammen und zog singend weiter. Am Belle-Alliance-Platz kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei; unbarmherzig hieb diese mit dem Säbel auf die Demonstranten ein. In der Linden- und Hollmannstraße wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auch sonst wurden eine Menge Verhaftungen vorgenommen. Leicht hatte es die arme Polizei nicht, die patriotischen von den anderen Demonstranten zu unterscheiden. Die „Einzugsfeierlichkeiten" hatten, wie dies immer der Fall ist, eine große Menge der stets „Arbeitslosen" und „Arbeitsscheuen" der herrschenden Klassen auf die Beine gebracht, und mit denen mußte man doch etwas friedlicher umgehen, als mit den für ihre Rechte kämpfenden Arbeitern.

Tabakzollerhöhung aus „Patriotismus".

Der deutsche Handelstag hat bekanntlich die Banderolensteuer sowie einen Wertzoll verworfen, dagegen den Ausbau des bisherigen Zoll- und Steuersystems empfohlen. Auf den gleichen Standpunkt haben sich auch mehrere Handelskammern u. a. die Hamburger und Berliner Handelskammer gestellt.

Verschiedene öffentliche Aeußerungen einiger Abgeordneten lassen darauf schließen, daß auch in deren Kreisen teilweise Stimmung für eine Zollerhöhung vorhanden ist.

Zu dieser Situation erscheint es dringend notwendig, darauf hinzuweisen, welch schreiende Ungerechtigkeit gegen die minderbegüterten Kreise, gegen den Arbeiter- und Mittelstand der Deutsche Reichstag begehen würde, wenn er einer Zollerhöhung zustimmte.

Jede Erhöhung des Zolles bedeutet eine enorme Belastung der ärmeren Schichten der Bevölkerung zugunsten der Bessersituierten.

Auch einem Nichtfachmann wird dies einleuchten, wenn wir vorausschicken, daß zur Anfertigung von 1000 Zigarren im Durchschnitt 8 Kilogramm Tabak gerechnet werden und daß es unmöglich ist, lediglich aus inländischem Tabak Zigarren herzustellen.

Wir haben bei unserer nachstehenden Berechnung für die billigen Sorten bis z. B. 40 Mk. pro Mille nur das geringe Quantum von 1 Kilogramm ausländischem Tabak gerechnet und für die Fünfpfennig-Zigarren vorausgesetzt, daß sie zur Hälfte aus inländischem, zur Hälfte aus ausländischem Tabak zusammengesetzt sein sollen. In der ersten Rubrik haben wir die Belastung nach dem geltenden Zoll- und Steuersatz angeführt, in der zweiten und dritten eventuell in Frage kommende höhere Zollsätze unter Beibehaltung der bisherigen Spannung zur Inlandsteuer.

Die Belastung stellt sich demnach wie folgt:

Kleinverkaufspreis pro 1000 Zigarren	Zoll 85 M Steuer 45 M pro Doppelzentner — Belastung pro 1000 Zigarren		Zoll 125 M Steuer 62 M pro Doppelzentner — Belastung pro 1000 Zigarren		Zoll 150 M Steuer 90 M pro Doppelzentner — Belastung pro 1000 Zigarren	
M	M	Prozente vom Kleinverkaufspreis	M	Prozente vom Kleinverkaufspreis	M	Prozente vom Kleinverkaufspreis
40	4,00	10,00	5,59	14,00	7,80	19,50
50	5,20	10,40	7,48	13,00	9,60	19,20
60	6,80	11,33	10,—	16,66	12,—	20,00
70	6,80	9,71	10,—	14,29	12,—	17,14
80	6,80	8,50	10,—	12,62	12,—	15,00
90	6,80	7,55	10,—	11,11	12,—	13,33
100	6,80	6,80	10,—	10,00	12,—	12,00
120	6,80	5,66	10,—	8,33	12,—	10,00
150	6,80	4,53	10,—	6,66	12,—	8,00
180	6,80	3,78	10,—	5,55	12,—	6,66
200	6,80	3,40	10,—	5,00	12,—	6,00

Nicht in Anrechnung gebracht sind bei dieser Tabelle die Aufschläge, welche Fabrikanten und Händler bei Einführung höherer Zölle für sich infolge der größeren Kapitalanlage zu berechnen genötigt sind. Werden diese Aufschläge mit in Rechnung gestellt, so erhöht sich dadurch prozentual noch die Belastung zuungunsten der geringeren Sorten.

Bei einem Zoll von 150 Mk. würde also die Belastung bei den 4, 5 und 6-Pfg.-Zigarren um 9 Prozent und darüber steigen; je teurer die Zigarre wird, deste geringer wird die Mehrbelastung, welche schließlich bei den 20-Pfg.-Zigarren nur noch 2,6 Prozent beträgt.

Es ist erklärlich, daß Fabrikanten, die vorwiegend Sorten in höherer Preislage anfertigen, gegenüber ihren Konkurrenten, die ausschließlich in niedriger und mittlerer Preislage arbeiten, bei einer Zollerhöhung nur gewinnen können; es nimmt uns auch gar nicht wunder, daß einige Großfabrikanten, denen reiche Mittel zur Verfügung stehen, in einer Zollerhöhung gar kein Unglück erblicken, da diese ihnen das beste Mittel an die Hand gibt, sich der Konkurrenz der Kleinfabrikanten zu entledigen. Hoffentlich lassen sich die Abgeordneten durch solche Zollerhöhungsbefürworter aus Fabrikantenkreisen nicht täuschen, welche doch nur ihre eigene Interessenpolitik unter dem Deckmantel des „Patriotismus" verstecken.

Vom „Patriotismus" wurde auch auf dem deutschen Handelstag seitens einiger Großindustrieller viel geredet; wie unsere Tabelle zeigt, zahlt der gut situierte Raucher von einem höheren Zoll für die feinste Sumatra mit Havanna prozentual viel weniger, als der arme Arbeiter für eine „Lieb Vaterland"-Zigarre.

Da haben's die Besitzenden eben leicht, „patriotisch" zu sein.

Italien.

ac. **Die Neu-Wahlen.** Die Italienische Kammer ist geschlossen und wird wahrscheinlich vor den Neu-Wahlen nicht mehr zusammentreten. Diese sollen, wie verschiedene römische Blätter mitteilen, am 21. und 28. März stattfinden. Von anderer Seite jedoch wird gemeldet, daß das Ministerium sie erst auf Ende April festsetzen wolle. Jedenfalls haben unsre italienischen Genossen die Regierung in Verdacht, daß sie die Wähler möglichst überrumpeln möchte, und bereiten sich deshalb schon auf die Wahlen vor. Zurzeit wird in der italienischen Parteipresse die Wahltaktik besprochen. Ferri verteidigt im Mantuaer Parteiblatt die Auffassung, es sei Aufgabe der sozialistischen Partei, die demokratischen Energien des Landes zu unterstützen, also mit den Republikanern, Radikalen und anderen antiklerikalen Kandidaten gemeinsame Sache zu machen. Des weiteren spricht sich Ferri gegen die Aufstellung von bloßen Zählkandidaten aus. Nur in solchen Fällen, in denen keiner der Kandidaten der bürgerlichen Parteien vertrauenswürdig sei, dürften Zählkandidaten aufgestellt werden. Die Zeit der platonischen Wahlkämpfe sei für unsre Partei vorbei. Es ist hier zu bemerken, daß Ferri an der politischen Bewegung aktiv nicht mehr teilnimmt. Der „Avanti", der jetzt reformistisch besetzt ist, tritt den Ausführungen Ferris über die Wahltaktik vollkommen bei, während Turrati sich gegen diese Auffassung wendet und Wahlbündnisse mit dem „Klerikalismus" der liberalen Freimaurerei verwirft.

Frankreich.

ac. **Amnestie.** Der Kammer ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Amnestie der Angeklagten von Draveil-Vigneux und Villeneuve-Saint Georges vorsieht. Nachdem man trotz monatelanger Bemühungen den Führern der Konföderation den Prozeß noch nicht machen konnte, und sie freiließ, blieb noch eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen in Haft. Jetzt sollen auch diese in Freiheit gesetzt werden; die Kammer wird am 11. Februar hierüber verhandeln. Bei dieser Gelegenheit wird von der Regierung aber auch verlangt werden, die gemaßregelten Beamten und Lehrer wieder einzustellen. Vor allem handelt es sich da um den Genossen Lehrer Nègre, den die Regierung wegen seiner politischen Ueberzeugung und wegen seines Eintretens für die Rechte der Lehrer vom Amte suspensiert hat.

Rußland.

Zum Fall Azew. Paris, 9. Febr. „Petit Parisien" berichtet aus Petersburg: In den Wandelgängen des Parlaments geht das Gerücht, daß Azew verhaftet worden sei. Die Regierung werde die Verhaftung an dem Tage mitteilen, an welchem die angekündigte Interpellation in der Duma über Azew eingebracht wird.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 10. Februar.

ag. — **Die Wasserbehandlung bei Scharlach und Masern.** In Arbeiterfamilien, in denen der Vater am Tage seinem Erwerbe nachgehen muß und die oft nicht gesunde Mutter mit ihrem Haushalte so beschäftigt ist, daß sie unmöglich auf ihre Kinder derartig achten kann, wie es wünschenswert wäre, liegen vielfach Gelegenheiten zur Uebertragung von ansteckenden Kinderkrankheiten, namentlich des Scharlachs und der Masern, vor. Wenn beide auch noch nicht an den äußeren Ausschlägen auf der Haut zu erkennen sind, so muß doch schon Verdacht geschöpft werden, falls durch das Fieberthermometer eine Erhöhung der Temperatur festgestellt wird, die hinteren Halspartien eine verdächtige Rötung zeigen und sich das ganze Benehmen des Kindes ändert.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 34. **Bielefeld, Mittwoch, 10 Februar 1909.** **20. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

201. Sitzung, Montag, 8. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Der an erster Stelle gemeldete Redner Freiherr v. Gamp (Rp.) ist in dem sehr schwach besetzten Hause nicht anwesend.

Abg. Irl (Ztr.) gibt seiner Befriedigung über die Wirkung der Handwerkergesetzgebung Ausdruck, insbesondere das Handwerkergesetz von 1897 habe aufrüttelnd auf die Handwerker gewirkt. Vieles sei aber noch zu wünschen. Redner behauptet, die Arbeiter hätten es beim Handwerke besser, als bei der Großindustrie und fordert, zur Frage der Tarifverträge übergehend, ein Tarifverbot. Die Bleiweißgefahr habe Zubeil übertrieben. Keinesfalls dürften Bleiweißvergiftungen als Betriebsunfälle angesehen werden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Dr. Fischer: Herr Zubeil hat die loyale Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen bestritten und auf den Fall des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig hingewiesen. Dieser Verein umfaßt aber 23 000 Mitglieder und 60 Ortschaften. Von einem Verbundensein der Mitglieder kann also keine Rede sein. Gegen unsere Auslegung des Vereinsgesetzes ist also nichts einzuwenden. (Bravo! rechts, Zischen bei den Soz.)

Abg. Naumann (Fr. Vg.): Der Staatssekretär hat die Vorkommnisse in Köln mit zutreffenden Worten gebrandmarkt. Die Frage des Koalitionsrechts dreht sich in erster Linie um den Schutz des einzelnen, in zweiter aber um den Schutz der schwächeren Verbände gegen die stärkeren. In Oberschlesien sagte bekanntlich der Generaldirektor Utemann: „Ach was, Koalitionsfreiheit und persönliche Freiheit, das sind Redensarten.“ (Hört, hört!) Und dann wurden eine Anzahl Techniker, darunter solche, die sechs Jahre beschäftigt waren, auf das brüskeste entlassen. Hoffentlich hat der Staatssekretär für diese Vorgänge ebenso scharfen Tadel wie für Köln. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Gesetzgebung muß dahin gelangen, daß es verboten ist, bei Abschluß eines Arbeitsvertrages nach Zugehörigkeit zu der oder jener Organisation zu fragen. Verbot der schwarzen Listen, das ginge zu weit, denn Aussperrungen und Streiks bedingen einander. Nur wenn schwarze Listen epidemisch auftreten wie im Rheinland, werden sie zu einer schweren volkswirtschaftlichen Gefahr. Die Kontrakte, gegen deren Bruch sich die Industriellen durch die schwarzen Listen schützen wollen, werden oft gar nicht verstanden, weil sie des Lesens unkundigen Leuten vorgelegt werden. (Sehr richtig!) Diese Kontrakte sind nichts anderes als aufoktroyierte Arbeitsbedingungen. (Sehr wahr! links und im Ztr.) Der Staatssekretär hat in bezug auf diese Klage doch zu optimistisch geurteilt. Das kaum verhüllte Ziel der Zechenverwaltungen ist, eine neue Hörigkeit einzuführen. Der arbeitende Mensch wird von den Zechen genau wie die Kohle sortiert und auf die Preisliste gesetzt. Wagt er Widerspruch, so kommt er auf die schwarze Liste.

Die Unfallziffern im Eisengewerbe sind erschreckend. Die von schwerer Feuerarbeit ausgesaugten Menschen sind gar nicht imstande, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Man muß Minimalbedingungen schaffen, um sie erst zu befähigen, ihr Recht zu nützen. Aber auch die Herren der schwarzen Metallindustrie kennen keine Menschenrechte. (Sehr wahr!) Diese Herren möchte man mit Ernst Moritz Arend zurufen: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!“ (Lebh. Beifall links und auf den Tribünen.)

Abg. Graf v. Carmer-Osten (kons.): Was über die oberschlesischen Entlassungen in den Zeitungen stand, ist alles falsch. Die Beamten mußten im Interesse der Disziplin entlassen werden, erhalten aber ihr Gehalt bis zum Juli weiter. Ihr Koalitionsrecht sollte ihnen gar nicht angetastet werden. (Lachen bei den Soz.) Hoffentlich bekommen wir bald ein Arbeitswilligengesetz, durch das die verhetzende Tätigkeit der Sozialdemokratie endlich lahmgelegt und der Mittelstand geschützt wird, der die beste Stütze von Thron und Altar ist. (Beifall rechts.)

Abg. Kulerski (Pole): Der Staatssekretär bemüht sich, arbeiterfreundlich zu erscheinen, er kann aber seine Vorliebe für die Unternehmer nicht verbergen. Dem Treiben der schwarzen Listen müßte Einhalt geboten werden. Freilich von einer Regierung, die den Sprachenparagraphen durchgebracht hat, kann man nicht allzu viel Gerechtigkeit erwarten. Man klagt über den Mangel an Religion im Volke, aber die Masse hat mehr Religion als die Unternehmer. Die Unternehmer liegen vor dem goldenen Kalb auf dem Bauch, die Religion ist ihnen eine abgetane Sache, nur noch gut, um das Volk im Zaum zu halten. (Sehr richtig! bei den Soz. und Polen.) Wer das System der schwarzen Listen anwendet, verrät eine wahre Henkernatur. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir verlangen ein Reichsberggesetz, mindestens aber die reichsgesetzliche Regelung des Arbeiterschutzes im Bergbau. Die dringendste Forderung ist die von Grubenkontrolleuren. Wäre der Staatssekretär auf dem Bergarbeiterkongreß gewesen, so hätte er hören können, wie mit dem Leben der Arbeiter gespielt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Regierung der Forderung nicht nachgibt, so hat sie die zukünftigen Toten auf dem Gewissen. (Sehr richtig bei den Polen und Soz.) Zum Schluß möchte ich anläßlich des Falles Azew die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tätigkeit der preußischen Lockspitzel in polnischen Vereinen lenken und ersuchen, auf eine Einschränkung dieser Tätigkeit hinzuwirken. (Bravo! bei den Polen.)

Abg Frhr. v. Gamp (Rp.) spricht zunächst sehr ausführlich über die Zeitverschwendung, deren sich andere Abgeordnete nach seiner Meinung schuldig machen. Dann verteidigt er die schwarzen Listen und preist das gute Herz der deutschen Arbeitgeber, welche die Sklaven der Arbeiter seien. (Minutenlange Heiterkeit.)

In Deutschland werden jährlich 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung polizeilich bestraft. Das kommt von der übertriebenen Gesetzmacherei, unter der die kleinen Unternehmer besonders zu leiden haben. Die Unternehmer sind infolge der schlechten Behandlung durch den Staat schon so mißmutig und erbittert geworden, daß sie ihre Betriebe in Aktiengesellschaften verwandeln. Nirgends werden sie so schikaniert, wie in Deutschland. Nicht einmal die Beratung der Gewerbeordnungsnovelle hat man ihnen zuliebe etwas hinausgeschoben. (Bravo! rechts.)

Abg. Rieseberg (W. Vg.): Für den Mittelstand hat man bloß schöne Worte, so geht das nicht weiter. Den Handwerksmeistern geht es oft schlechter, als den Arbeitern. Wenn die Handwerker Einfluß auf die Krankenkassen bekommen sollen, so wird uns das freuen. Herr Albrecht sagte von den nationalen Arbeitern, das seien die bei der Sozialdemokratie Hinausgeschmissenen. Nein, es sind die, die sich von der sozialdemokratischen Knute losgemacht haben. (Lachen bei den Soz.) Sie empfinden das auch schmerzlich, deshalb wenden Sie sich jetzt an die Jugend und reden in Ihren Aufrufen von der „heiligen Aufgabe“. Dies Wort versteht die Sozialdemokratie gar nicht, denn sie verpönt ja jede Religion usw. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Am Ende verlangen Sie noch das Wahlrecht für die Herren Jungens. (Sehr gut! rechts.) Redner klagt, daß bei dem Entwurf des Arbeitskammergesetzes die Handwerkskammern nicht gehört wurden.

Abg. Dr. Pachnicke (Fr. Vg.) wünscht finanzielle Unterstützung des Deutschen Verbandes für Arbeitsnachweis.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Zubeil (Soz.): Wenn der sächsische Bundesratsbevollmächtigte den Gewaltstreich der sächsischen Regierung zu rechtfertigen . . . . .

Präsident Graf Stolberg (unterbrechend): Dieser Ausdruck ist parlamentarisch nicht zulässig.

Abg. Zubeil (fortfahrend): zu rechtfertigen unternimmt, so zeigt das nur das tiefe Niveau der sächsischen Regierung.

Präsident Graf Stolberg: Für diesen Ausdruck rufe ich den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg Albrecht (Soz., persönlich): Herrn Rieseberg bemerke ich, daß ich nicht von nationalen Arbeitern gesprochen habe, sondern von den gelben.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung.)

Schluß 6¼ Uhr.

---

202. Sitzung vom Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Abg. Hug (Ztr.) empfiehlt die Schiffbarmachung des Oberrheins.

Abg. v. Brockhausen (kons.): Bei der Reform der Versicherungsgesetzgebung sollten auch die in genossenschaftlichen Lagerei- und Speichereibetrieben beschäftigten Arbeiter des Segens der Versicherung teilhaftig werden. Redner widmet Adolf Stöcker einen Nachruf, dessen Tätigkeit mehr Segen gebracht habe als die ganze Sozialdemokratie. Diese sollte ihre großen Mittel zur Verbesserung der städtischen Wohnungsverhältnisse aufwenden, deren Jämmerlichkeit auch der sozialdemokratische Abgeordnete Dr Südekum geschildert hat. Weiter sollte sie zum Sparen die Bevölkerung anregen. Die Landarbeiter sind sparsam. Redner wendet sich der freisinnigen Resolution zu, welche ein Theatergesetz verlangt, und spricht für Annahme einer von ihm selbst vorgeschlagenen Resolution. Man müßte durch Erhebungen die Vorbildung und Religion der Theaterunternehmer und Schauspieler feststellen. Wahrscheinlich wird man sehr viele Juden darunter finden. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Neumann-Hofer, dessen Kunstverständnis anzuerkennen sei, habe allerdings in der Frage der Doppelbesteuerung vor der Wahl mehr versprochen, als er nach der Wahl gehalten hat. Schade, daß er jetzt nicht hier ist. (Der Abg. Neumann-Hofer betritt den Saal.) Aha, da ist er ja! (Gr. Heiterkeit. — Dr. Neumann-Hofer kommt eilig nach vorn und stellt sich vor die Rednertribüne. — Zurufe links: Die Doppelbesteuerung gehört nicht zum Etat!) O, doch! Der Staatssekretär hat den Entwurf über Doppelbesteuerung vertreten, also kann ich bei seinem Gehalt auch darüber reden. (Gr. Heiterkeit. Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Arning (natl.): Der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Gesinde, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Heimgewerbe und unständige Arbeiter stimme ich zu. Sie geschieht aber auf Kosten der Aerzte. Die Vorwürfe des Staatssekretärs gegen die Kölner Aerzte sind ungerecht. Die Aerzte sind geradezu die Träger der ganzen sozialen Gesetzgebung. (Bravo! bei den Natl.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Meine Bemerkungen über den Mißbrauch des ärztlichen Koalitionsrechts waren allgemein gehalten. Ich habe reichliches Material, das ich Herrn Dr. Arning gerne zur Verfügung stelle dafür, daß die ärztlichen Organisationen die schärfsten Mittel angewandt haben, um widerstrebende Kollegen ihren Beschlüssen zu unterwerfen. Dr. Arning meint, die Aerzte können mit ihrem Koalitionsrecht machen, was sie wollen. Der ärztliche Beruf ist aber mit gutem Bedacht der Gewerbeordnung nicht unterstellt worden, und er hat mehr als rein wirtschaftliche Momente zu wahren. Das unterscheidet ihn von den der Gewerbeordnung unterstehenden Berufen.

Herrn Brockhausen bemerke ich, daß die von ihm gewünschte Ausdehnung der Versicherung ins Auge gefaßt ist.

Die Schiffbarmachung des Oberrheins, für welche sich die Schweiz und Baden interessieren, ist ohne Schiffahrtsabgaben undenkbar, deren Reinertrag für die Verbesserung der Wasserstraßen gebraucht wird. Die vom Abg. Pachnicke gewünschte Unterstützung des Bundes deutscher Arbeitsnachweise werden wir vom nächsten Etatsjahre an aus dispositiven Mitteln ausführen, ziehen aber auf diesem Gebiete die private Initiative vor. (Beifall.)

Abg. Horn-Sachsen (Soz.): Der ärztliche Beruf soll ein idealer sein, er wird vielfach aber ganz anders aufgefaßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das zeigt auch die Bekanntmachung des Aerztevereinsbundes, die Krankenkassenmitglieder vom 1. Februar ab nicht mehr zu behandeln, wofern die Kasse nicht das System der freien Arztwahl annimmt. Auf die allgemeine Empörung hin ist allerdings eine zweite abschwächende Erklärung ergangen.

Mein Freund Hoch hat es sich nicht einfallen lassen, wie Herr Mugdan ihm vorwarf, wegwerfend von der deutschen Sozialpolitik zu sprechen. Er hat allerdings unter Beibringung erdrückenden Materials auf große Lücken der Sozialreform hingewiesen. Wie weit sind wir doch noch immer von jenem aus kaiserlichem Munde verkündeten Idealzustand, daß jeder deutsche Arbeiter ohne Sorgen seinen Lebensabend genießen solle! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Unser Antrag zugunsten der Glasarbeiter hätte in Anbetracht der hygienischen Mißstände namentlich von allen ärztlichen Mitgliedern dieses Hauses unterstützt werden müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch in der Glasindustrie blüht das System der schwarzen Listen, die geheime Fehme und die Aechtungen. Ich bitte Sie dringend, Herr Staatssekretär, auf diese gesetzwidrige Verhöhnung klarer Bestimmungen der Gewerbeordnung ein Auge zu haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Glashüttenarbeiter, die sich irgendwie mißliebig gemacht haben, tragen in Gestalt

---

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.
Aus dem Englischen von Julius Seybt.

46

Achtunddreißigstes Kapitel.

Was sich zwischen Mr. und Mrs. Bumble und Monks bei ihrer nächtlichen Zusammenkunft begab.

Es war ein schwüler Sommerabend; die Wolken, welche den ganzen Tag gedroht hatten, dehnten sich zu einer breiteren und dichteren Masse aus, aus welcher schon dicke Regentropfen herabfielen, und schienen ein heftiges Gewitter zu verkünden, als sich Mr. und Mrs Bumble aus einer der Hauptstraßen der Stadt nach einer kleinen Kolonie zerstreut stehender und verfallener Häuser wandten, die etwa anderthalb Meilen entfernt sein mochten und in einer sumpfigen Niederung am Themseufer erbaut waren. Sie hatten sich beide in schäbige Mäntel eingehüllt, vielleicht sowohl um sich vor dem Regen zu schützen, wie um unbemerkt zu bleiben. Mr. Bumble trug eine Laterne, in welcher jedoch kein Licht brannte, und ging ein paar Schritte voran, als hätte er — denn der Weg war schmutzig — seiner Frau den Vorteil verschaffen wollen, in seine breiten Fußstapfen zu treten. Sie schritten in tiefem Stillschweigen dahin, Mr. Bumble sah sich bisweilen um, als wenn er sich hätte überzeugen wollen, ob Mrs. Bumble auch nachfolgte, worauf er ebenso oft, sie hinter sich gewahrend, seine Schritte wieder beschleunigte.

Ihr Bestimmungsort konnte keineswegs ein zweideutiger heißen, denn er war längst als die Wohnung von verrufenem und verwegenem Gesindel bekannt, das hauptsächlich von Diebstählen und Räubereien lebte. Es war ein Haufen elender Baracken, in deren Mitte am Uferrande ein großes Gebäude stand, das ehemals zu Fabrikzwecken der einen oder anderen Art gedient und den Hüttenbewohnern unter wahrscheinlich Beschäftigung gegeben hatte. Es war indes seit langer Zeit verfallen, und die Ratten, die Würmer und die Feuchtigkeit hatten das Pfahlwerk morsch gemacht, auf welchem es ruhte, so daß schon ein beträchtlicher Teil des Ganzen unter das Wasser gesunken war, während der wankende und über den finsteren Strom hinüberlehnende Rest nur auf eine günstige Gelegenheit zu warten schien, dasselbe Schicksal zu teilen.

Vor diesem Gebäude stand das würdige Paar still, als eben das erste Rollen des entfernten Donners vernehmbar wurde und der Regen mit Heftigkeit niederzustürzen anfing.

„Es muß hier irgendwo sein,“ sagte Bumble, auf einen Papierstreifen blickend, den er in der Hand hielt.

„Wer da?“ ertönte eine Stimme von oben.

Bumble blickte empor und sah jemanden aus dem zweiten Stockwerke herunterschauen.

„Eine Minute Geduld,“ rief die Stimme, „ich werde sogleich bei Ihnen sein.“

„Ist das der Mann?“ fragte Frau Bumble, und ihr Eheherr nickte bejahend.

„Vergiß nicht, was ich dir gesagt habe,“ fuhr die Dame fort, „und sprich so wenig wie nur irgend möglich, denn du wirst uns sonst gleich verraten.“

Mr. Bumble, der an dem Hause mit sehr bänglichen Blicken emporgeschaut hatte, stand im Begriffe, einige Zweifel auszusprechen, ob es überhaupt rätlich sei, sich noch zu dieser Stunde auf das Abenteuer einzulassen, als er durch Monks daran gehindert wurde, der eine kleine Tür öffnete, vor welcher sie standen, und ihnen winkte hereinzutreten. „Geschwind!“ rief er ungeduldig und mit dem Fuße stampfend. „Haltet mich hier nicht auf!“

Frau Bumble, welche anfangs gezögert hatte, ging keck hinein, und ihr Eheherr, der sich schämte oder fürchtete, zurückzubleiben, folgte ihr nach, jedoch offenbar mit großer Unruhe und ohne jene Würde, die ihn sonst stets vornehmlich zu charakterisieren pflegte.

„Was zum Teufel stehen Sie da draußen und ließen sich naß regnen?“ sagte Monks zu ihm, nachdem er die Tür wieder verriegelt hatte.

„Wir — wir kühlten uns ein wenig ab,“ stotterte Bumble, furchtsam umherblickend.

„Kühlten sich ein wenig ab!“ entgegnete Monks. „Aller Regen, der jemals vom Himmel herabfiel oder noch herabfallen soll, wird nicht so viel höllisches Feuer auslöschen, wie ein Mann mit sich umhertragen kann. Glauben Sie nicht, daß Sie sich so leicht abkühlen können.“

Mit diesen angenehmen Worten und mit einem finsteren, stieren Blicke wandte sich Monks zu Frau Bumble, die, obwohl sonst nicht so leicht einzuschüchtern, dennoch die Augen vor ihm auf den Boden heften mußte. „Ist dies die Frau?“ fragte Monks.

„Hm! Ja,“ antwortete Mr. Bumble, eingedenk der Warnung seiner Gattin.

„Sie glauben vielleicht, daß Frauen keine Geheimnisse verschweigen können!“ nahm Frau Bumble das Wort und blickte dabei Monks wieder dreist und forschend an.

„Ich weiß, daß sie allezeit eins verschweigen, bis es an den Tag gekommen ist,“ erwiderte Monks verächtlich.

„Und was ist das für ein Geheimnis?“ fragte Frau Bumble in demselben zuversichtlichen Tone.

„Der Verlust ihres guten Namens,“ sagte Monks; „und ebenso fürchte ich nicht, daß eine Frau ihr Geheimnis ausschwatzt, wenn das Ausschwatzen dahin führen kann, daß sie gehängt oder deportiert wird. Verstanden?“

„Nein,“ versetzte die Dame, sich ein wenig verfärbend.

„Freilich,“ sagte Monks spöttisch, „wie könnten Sie mich auch verstehen!“ Er blickte die Eheleute halb höhnisch und halb grollend an, winkte ihnen abermals, ihm nachzufolgen, eilte durch das große, jedoch niedrige Zimmer voran und wollte eben eine steile Treppe oder vielmehr Leiter hinaufsteigen, als der helle Glanz eines Blitzes durch die Oeffnung herabfuhr und ein Donnerschlag erfolgte, der das gebrechliche Gebäude in seinem Grunde erschütterte.

„Hören Sie!“ rief er zurückschreckend aus; „hören Sie, wie es prasselt und rollt, als ob es durch tausend Höhlen widerhallte, wo sich die Teufel davor verstecken. Fluch über den Lärm! Ich hasse ihn.“

Er schwieg einige Augenblicke, entfernte plötzlich die Hände von seinem Gesicht, und Mr. Bumble gewahrte zu seinem unaussprechlichen Schrecken, daß es fast kreideweiß und ganz verzerrt war.

„Ich leide bisweilen an diesen Zufällen,“ sagte Monks, die Bestürzung des Armenhausverwalters bemerkend, „und dann und wann werden sie durch den Donner hervorgerufen. Achten Sie nicht darauf; es ist für diesmal vorüber.“ Mit diesen Worten ging er voran, erklomm die Treppe, verschloß hastig die Fensterläden des Gemachs, in welches er das Ehepaar führte, und ließ eine an einer Leine und einer Rolle an einem der Deckenbalken hängende Laterne herunter, die ein mattes Licht auf einen alten Tisch und drei an denselben gestellte Stühle warf. Als sie sich gesetzt hatten, sagte er: „Je eher wir zur Sache kommen, desto besser ist's für uns alle. Weiß die Frau, worauf sich unser Geschäft bezieht?“

Die Frage war an Mr. Bumble gerichtet, allein Mrs. Bumble nahm sogleich das Wort und erklärte, daß sie mit dem Zwecke der Zusammenkunft vollkommen bekannt sei.

„Er sagte, Sie wären bei der alten Hexe an dem Abende gewesen, da sie starb, und sie hätte Ihnen etwas anvertraut —“

„Was die Mutter des Knaben betraf, den Sie nannten,“ unterbrach ihn Frau Bumble. „Ja, Sir.“

„Die erste Frage,“ sagte Monks, „ist die, worin bestand ihre Mitteilung?“

„Das ist die zweite Frage,“ bemerkte Frau Bumble mit großer Ruhe. „Die erste ist die, was wohl der Preis des Geheimnisses sein mag?“

„Wer zum Teufel kann das sagen, ohne zu wissen, worin es besteht?“ lautete Monks' Gegenfrage.

„Ich bin überzeugt, niemand besser als Sie,“ antwortete Frau Bumble, der es, wie ihr Gatte aus hinreichender Erfahrung bezeugen konnte, keineswegs an Herzhaftigkeit gebrach.

„Hm!“ sagte Monks bedeutsam und mit einem begierigen und lauernden Blicke; „handelt es sich denn um etwas Wertvolles?“

„Vielleicht — o ja, vielleicht,“ antwortete Frau Bumble gelassen.

„Etwas, was man ihr abnahm,“ fuhr Monks eifrig fort; „etwas, was sie trug — etwas, was —“

„Sie tun am besten, wenn sie bieten,“ unterbrach ihn Frau Bumble. „Ich habe schon genug gehört, um gewiß zu sein,

ihres Abkehrscheines den existenzvernichtenden Uriasbrief in der Tasche. (Hört, hört! bei den Soz.) Im vorigen Jahre hielt das Zentrum den Achtstundentag in Glashütten für undurchführbar. Jetzt kann dieser Grund der Ablehnung nicht mehr geltend gemacht werden. Jetzt, wo viele Betriebe sogar ganz still gelegt werden müssen. Durch seinen Abänderungsantrag, die Arbeitszeit „den Verhältnissen entsprechend" zu regeln, hat das Zentrum unsere Resolution sehr erheblich verwässert. Und dasselbe Zentrum, das sonst für Sonntagsruhe eintritt, beantragt hier, die Nacht- und Sonntagsarbeit tunlichst einzuschränken. (Hört, hört! bei den Soz.) Geradezu verheerend wirken unter den Glasarbeitern Lungenschwindsucht und verschiedene Krankheiten des Mundes. Die jetzigen Zustände rechtfertigen vollkommen unsere Forderungen. Es sind direkte Ausnahmezustände zugunsten der Unternehmer, wahre Liebesgaben für ihre Profitgier. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Diese von mir oft erhobenen schweren Anklagen sind angeblich widerlegt worden in einer Rede, die Herr v. Liebert hier — nicht gehalten hat. (Gr. Hkt. b. d. Soz.) Aber doch hatte wollte, und die von den Fabrikanten in 20 000 Exemplaren verbreitet wurde. In dem Flugblatt will man den Glasarbeitern beibringen, wie herrlich es ihnen geht, und daß sie es bis zu 4000 Mk. Jahreslohn bringen. (Gr. Hkt. b. d. Soz.) In Wahrheit beträgt der Durchschnittslohn des deutschen Glasarbeiters 908 Mark. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Herr v. Liebert hat in dieser nicht gehaltenen, aber im Druck verbreiteten Rede eine Fälschung begangen. (Just. b. d. Soz., Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Mitglied des Hauses nicht Fälschung vorwerfen, ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Horn (fortfahrend): In dem Flugblatte sind die schwersten Vorwürfe gegen mich und meine gewerkschaftliche Organisation erhoben. Vorwürfe, die sich als Unwahrheit erweisen. Ob bewußte Unwahrheit, will ich nicht behaupten. (Hkt. b. d. Soz., Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Kollegen nicht Unwahrheit vorwerfen. (Sehr richtig! rechts, Lachen b. d. Soz.)

Abg. Horn (fortfahrend): Man wird doch noch das Recht haben, auf Angriffe antworten zu dürfen. (Sehr gut! b. d. Soz., Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Stolberg: Ich habe Ihnen den weitesten Spielraum gelassen. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind aber beim Etat des Innern. (Abg. Hue ruft: Dazu spricht doch der Redner! Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Horn (fortfahrend): Die Lage der Glasarbeiter gehört zur Sozialpolitik, und die Sozialpolitik zu dem Reichsamt des Innern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und da Herr v. Liebert meine Ausführungen über die Lage der Glasarbeiter angegriffen hat, so mußte, konnte und durfte ich hier auf diese Angriffe antworten! Das Recht werde ich mir nicht nehmen lassen! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kaempf (Fr. Vp.) wünscht, daß der portugiesische Handelsvertrag veröffentlicht wird, bevor er eingebracht wird. Trotz des Zollschutzes hat unser wirtschaftlicher Körper eine Achillesferse: andere Völker brauchen nämlich nur zu dem gleichen Mittel zu greifen, dann ist unser ganzer Zollschutz illusorisch. (Sehr richtig! links.) Die Industrie hat das Recht, sich zu konzentrieren, aber wir widersprechen diesem Zusammenschluß, wenn er zu einer Preispolitik führt, die das Inland überteuert und nach dem Auslande schleudert. (Sehr richtig! links.) Der Kampf aller gegen alle, das ist das Ende überspannter Zoll- und Kartellpolitik. Durch unseren Zollschutz treiben wir sogar England noch zum gleichen System der Schutzzölle. Zu den Lasten der Zollpolitik kommen nun die neuen Lasten der Finanzreform. Der Konsum wird wieder neu belastet, und Handel und Industrie müssen leiden. Eine Finanzreform von dauernder Wirkung müßte von einer Reform unserer Wirtschaftspolitik begleitet sein. Sonst ist alles Stückwerk. (Lebh. Bravo! b. d. Freis., Lachen rechts.)

Abg. Dr. Struwe (Fr. Vg.): An dem Streit in Köln sind nicht die Aerzte, sondern die Krankenkassen schuld, und es ist sehr bedauerlich, daß der Herr Staatssekretär auf die Kölner Verhältnisse Bezug genommen hat; von einem Boykott Kranker und Sterbender kann gar keine Rede sein.

Das Haus vertagt sich.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Liebert (Rp.): Herr Horn hat mir noch etwas unfreundlicher behandelt, als ich gewöhnlich von den Sozialdemokraten behandelt werde. Er spricht von Fälschung, es handelt sich doch aber nur um verschiedene Auffassung. Er vertritt den Standpunkt der Arbeiter, ich vertrete strikte den der Arbeitgeber. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 7½ Uhr.

Parteinachrichten.

Zur Landtagskandidatur in Pforzheim. Eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Pforzheim stellte am Sonnabend für die beiden Pforzheimer Landtagswahlkreise nahezu einstimmig die Genossen Reichstagsabgeordneten Adolf Geck und Richard Horter, Beamter des Maurerverbandes in Mannheim, als Kandidaten auf. In der Aussprache wurden nochmals die Schwierigkeiten berührt, die der Wiederkandidatur Gecks in den Weg traten. Die Richtigkeit der in einigen „Vorwärts"-Artikeln aufgestellten Behauptungen von der Agitation gegen Geck wurde bestätigt.

Die beiden Kandidaten erklärten vor der Aufstellung, daß die Entscheidung des Nürnberger Parteitags für sie die Grundlage ihrer taktischen Haltung sein werde.

Wegen Beleidigung des Reichslügenverbandes in Sachen des Rechtsanwalts Eschweigert und des Bauinspektors Stegmann, Straßburg, wurde der verantwortliche Redakteur des „Sächs. Volksbl." in Zwickau, Genosse Grasser, zu 50 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht versagte den Schutz des § 193 Str.-G.-B., weil nicht eigene, sondern fremde Interessen in Frage kamen. Mit Rücksicht auf die Oeffentlichkeit der Beleidigung einerseits und darauf, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist, und der Artikel der Ausfluß einer politischen Erregung bildete, wurde der Angeklagte nur mit 50 Mk. Strafe belegt.

Ein neuer Kämpfer für die Sache des Proletariats ist in Rußland in der jüngst als Organ des Jüdischen Arbeiterbundes erschienenen „Stimme des Bundes" erstanden. Doppelt zu begrüßen ist ihr Erscheinen in der schweren Zeit der Depression und des Rückganges der Organisation. Bedeutet es doch, ebenso wie der Enthusiasmus, mit dem die „Stimme" aufgenommen wurde, daß die politische Gleichgiltigkeit und Apathie, die sich infolge der Niederlagen von 1906 und 1907 der Arbeiterklasse bemächtigt hatte, dem frischen Geist des Kampfes endlich zu weichen beginnt und daß sich auf diese Weise eine neue Periode revolutionären Aufschwungs ankündigt.

Die „Stimme" ist illegal erschienen und in der in Rußland befindlichen Geheimdruckerei des Zentralkomitees des „Bundes" hergestellt worden. Auch dieser Umstand ist von großer symptomatischer Bedeutung. Bis 1905 kannte die Sozialdemokratie in Rußland keine andere Organisationsform, keine andere Presse, als die geheime. Die siegreichen Oktobertage aber brachten die Möglichkeit offenen Auftretens, die von der Sozialdemokratie ergiebig ausgenutzt wurde. Insbesondere hat es der „Jüdische Arbeiterbund" verstanden, wie durch unmittelbare Organisation der Arbeiterklasse so auch durch seine Presse seinen Einfluß ungeheuer zu erweitern. Mit dem Erstarken der Reaktion aber, die sich mit aller Wucht auf die Arbeiterklasse stürzte, sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, nach hartnäckigen Kämpfen eine eroberte Position nach der anderen aufzugeben. Arbeiterdeputiertenräte, offenes Eintreten in Vereinen und Versammlungen, Gewerkschaften, Presse — alles fiel nach und nach der Reaktion zum Opfer, die Partei mußte immer mehr das Feld der legalen Tätigkeit räumen. Beim „Bund" vollzog sich dieser Prozeß am langsamsten, er behauptete am zähesten die einmal gewonnenen Positionen und seine Presse, die täglich in Wilna erscheinende jüdische „Volkszeitung" überdauerte alle übrigen legalen sozialdemokratischen Organe um ein Erkleckliches. Um so bedeutsamer ist es daher, daß jetzt auch der „Bund" durch die Herausgabe eines illegalen Organs seine Rückkehr zur geheimen Tätigkeit dokumentiert. Dies ist ein Beweis mehr dafür, daß das Gebiet der vorwiegend legalen Tätigkeit der Sozialdemokratie jetzt verschlossen ist, daß sie, um den begonnenden Kampf der Arbeiterklasse erfolgreich weiterführen zu können, auf die alten Formen der Organisation und agitatorischen Arbeit zurückgreifen muß, um sie mit dem Inhalt der reichen Erfahrungen der Revolutionsjahre zu füllen.

Gewerkschaftsbewegung.

Generalversammlung der Bergarbeiter. In der neuesten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung" wird die diesjährige Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes auf den 16. Mai und folgende Tage nach Eisenach einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat über die Möglichkeit und den Wert von Tarifverträgen im Bergbau. — In derselben Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung" wird der Kassenbericht veröffentlicht. Einnahmen und Ausgaben balancieren für das nur 11 Monate umfassende Geschäftsjahr mit rund 2 Millionen Mk.; davon entfallen auf die Einnahmen: 1 792 000 Mk. auf Beiträge und 16 000 Mk. auf Eintrittsgelder, auf die Ausgaben (in runden Summen): 74 000 Mk. für Sterbegelder, 32 000 Mk. für Gemaßregelte, 46 000 Mk. für Streikgelder, 18 000 Mk. für Arbeitslose, 76 000 Mk. für Rechtsschutz und 254 000 Mark für Krankenunterstützung. Das Vermögen wuchs in der Berichtszeit um über 816 000 Mk. und betrug am Schlusse des Berichtsjahres insgesamt 2 835 027,04 Mark.

Die Zustände in den Kohlengruben. Zu dem gemeldeten Unglück auf Grube „Maximilian" bei Dortmund wird uns noch geschrieben: „Schon am 9. April ereignete sich ein ähnliches Unglück auf Grube „Maximilian", das mehrere Opfer forderte. Alle Mahnungen nutzten nichts. Die Grube steht voll schwerer Wetter. Abhilfe wird nicht geschafft. Am Tage vor dem Unglück wurde das Schießen verboten; eigentlich hätte der Betrieb suspendiert werden müssen. Dabei hat die Kohlenförderung auf „Maximilian" noch nicht begonnen."

Achtung, Töpfer! In den sächsischen Tonwerken in Brandis bei Leipzig sind am vergangenen Freitag sämtliche Töpfergehilfen entlassen worden, weil sie nach wochenlangen Verhandlungen nunmehr darauf drangen, daß für eine bestimmte Arbeit ein schriftlich fixierter Tarif eingeführt wird.

Berechtigte Interessen des Verurteilten. Der verantwortliche Redakteur der in Hamburg erscheinenden „Schmiede-Zeitung", Genosse Kaspar Schmidt, wurde am 1. Februar 1908 vom Breslauer Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt, weil er einen in Breslau wohnenden Schmiedemeister beleidigt haben sollte. Da ihm sein Breslauer Verteidiger mitteilte, daß der Vorsitzende des genannten Gerichts, Amtsgerichtsrat Mützel, in seiner Urteilsbegründung mit keinem Wort darauf eingegangen sei, ob Sch. in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, und ihm auch zu verstehen gab, daß angesichts der Breslauer Judikatur eine Berufung keinen Erfolg verspreche, kritisierte Sch. in seinem Organ das Breslauer Urteil unter der Ueberschrift: „Verurteilt" wie folgt:

„Daß ich von einem Breslauer Gericht verurteilt werden würde, darin konnte ich von vornherein keinen großen Zweifel setzen. Dafür sind die Breslauer Urteile zu bekannt, als daß an dieser klassischen Stätte der Klassenjustiz dem Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung oder auch nur von dem Verbandsorgan einer freien Gewerkschaft der Schutz des § 193 des St.-G.-B. zugebilligt und er freigesprochen werden würde."

Durch diese Kritik der „Klassenjustiz" soll er den Breslauer Amtsgerichtsrat und die Breslauer Richter im allgemeinen beleidigt haben, weshalb der Landgerichtspräsident zu Breslau Strafantrag stellte. Das Landgericht IV zu Hamburg verurteilte Schmidt zu einer Geldstrafe von 200 Mark oder 20 Tagen Gefängnis, weil in den inkriminierten Worten den Breslauer Richtern der Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung Anderen gegenüber gemacht wurde.

Durch Dr. Herz-Altona legte Sch. Revision ein, der vom Reichsgericht stattgegeben wurde, indem es erklärte, daß die Erwägung der Vorinstanz, daß dem Verurteilten ein Recht auf beleidigende Besprechung des Erkenntnisses nicht anerkannt und ihm mithin der Schutz des § 193 nicht zugebilligt werden könne, zu Bedenken Anlaß gebe. „Das Recht, eine eigene, den Täter nahe angehende Angelegenheit zur Sprache zu bringen, findet in dem Erlaß eines gerichtlichen Strafurteils keine notwendige Schranke. Wenn jemand ein Interesse daran hat, den Inhalt eines gegen ihn erlassenen Strafurteils einer Besprechung zu unterziehen, so ist dieses Interesse nicht schlechthin ein unberechtigtes. Wird ein solches Interesse verfolgt, so ist eine in der Besprechung enthaltene Beleidigung nur unter der Voraussetzung strafbar, daß aus der Form der Aeußerung oder den Umständen, unter denen sie geschah, das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht." Das Reichsgericht führt weiter aus, das Landgericht werde nachzuprüfen haben, ob unter Berücksichtigung dieser Umstände der § 193 anwendbar sei und ob, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, aus der Form der inkriminierten Worte die Absicht der Beleidigung hervorgehe.

Die Angelegenheit kam am Donnerstag erneut vor dem Landgericht Hamburg zur Verhandlung. Der Staatsanwalt meinte, auch bei Zubilligung des Schutzes des § 193 sei der Artikel beleidigend, weil den Breslauer Richtern Klassenjustiz, also bewußte Rechtsbeugung zuungunsten sozialdemokratischer Redakteure, vorgeworfen werde. In längerer Rede bekämpfte Dr. Herz diese Ansicht, worauf das Gericht den Angeklagten freisprach. Die Redewendung „klassische Stätte der Klassenjustiz" würde zweifellos eine Beleidigung der Breslauer Richter enthalten, wenn dem Angeklagten nicht der Schutz des § 193 zur Seite stände. Der Angeklagte habe zum Ausdruck gebracht, daß die Breslauer Richter, von Klassenideen befangen, nicht ordnungsgemäß ihres Amtes walten, sondern sich den politischen Gegner betrachteten. Aber der Angeklagte habe berechtigte Interessen vertreten, als er das Breslauer Urteil kritisierte. Aus diesen Gründen müsse auf Freisprechung erkannt werden.

„Victoria"-Wohltat. Die Lebensversicherungs-Gesellschaft „Victoria", die ihren Beamten in Berlin das Koalitionsrecht nicht gönnt, zwingt ihnen auf der anderen Seite ungern gesehene Wohltaten auf. So wird denselben jetzt ein Schriftstück vorgelegt, in dem es heißt:

„1. Jeder Bureaubeamte der „Victoria" ist verpflichtet, vier

---

daß Sie der Mann sind, für welchen mein Geheimnis Wert hat."

Mr. Bumble, dem seine bessere Hälfte von dem Geheimnisse noch nicht mehr hatte wissen lassen, als er gleich zu Anfange gewußt, horchte diesem Zwiegespräch mit vorgerecktem Halse und weit aufgerissenen Augen, die er mit unverhohlenem Erstaunen bald auf seine Frau, bald auf Monks heftete, und seine Spannung nahm womöglich noch zu, als der letztere ernstlich nach der Summe fragte, welche für die Offenbarung des Geheimnisses gefordert würde.

„Was ist es Ihnen wert?" fragte Frau Bumble ebenso kaltblütig wie vorhin.

„Kann sein, daß es mir nichts oder daß es mir zwanzig Pfund wert ist," erwiderte Monks; „sprechen Sie und lassen Sie mich Ihre Forderung wissen."

„Legen Sie noch fünf Pfund zu; geben Sie mir fünfundzwanzig Pfund in Gold," versetzte Frau Bumble, „und ich sage Ihnen alles, was ich weiß — doch eher nicht."

„Fünfundzwanzig Pfund!" rief Monks, sich zurückbeugend aus.

„Ich sprach so deutlich, wie ich konnte," entgegnete Frau Bumble, „und die Summe ist auch nicht bedeutend."

„Die Summe nicht bedeutend für ein erbärmliches Geheimnis, das vielleicht der Rede nicht wert ist, wenn Sie es offenbart haben!" rief Monks ungeduldig aus; „ein Geheimnis, das seit zwölf Jahren oder länger vergessen oder begraben gelegen hat!"

„Solche Dinge halten sich gut und verdoppeln gleich gutem Weine häufig ihren Wert durch die Zeit," bemerkte Frau Bumble fortwährend mit der kalten Entschlossenheit, die sie angenommen hatte; „und was das betrifft, daß es begraben gewesen, so gibt es Leute, die, so viel wir wissen, noch zwölftausend oder zwölf Millionen Jahre begraben liegen können und endlich sonderbare Geschichten erzählen werden."

„Wie aber, wenn ich für nichts zahle?" fragte Monks bedenklich zögernd.

„Sie können mir das Geld leicht wieder abnehmen," erwiderte die Dame. „Ich bin ja nur eine Frau und allein und ohne Schutz in Ihrer abgelegenen Wohnung."

„Weder allein, meine Liebe, noch ohne Schutz," fiel Mr. Bumble mit vor Angst bebender Stimme ein; „ich bin auch hier, meine Liebe. Und außerdem," fuhr er zähneklappernd fort, „und außerdem ist Mr. Monks zu sehr Gentleman, um sich auch nur die mindeste Gewalttätigkeit gegen Kirchspielpersonen zu erlauben. Mr. Monks weiß, daß ich nicht mehr in der Blüte der Jahre und der Kraft stehe; allein er hat gehört — hat ohne Zweifel gehört, lieber Schatz, daß ich ein sehr entschlossener Beamter und ungewöhnlich stark bin, wenn ich Veranlassung bekomme, mich zusammenzunehmen. Ich brauche mich nur eben etwas zusammenzunehmen."

Und als Mr Bumble so sprach, machte er einen trübseligen Versuch, mit trotziger Entschlossenheit nach seiner Laterne zu greifen, und zeigte deutlich durch den in allen seinen Zügen sich malenden Schrecken, wie es allerdings bei ihm nötig war, daß er sich ein wenig oder vielmehr recht sehr zusammennehmen mußte, bevor er sich zu einer nur irgend kriegerischen Demonstration herbeiließ, ausgenommen gegen Arme oder andere wehrlose Personen.

(Fortsetzung folgt.)

Darwin als Reisender.

Von Wilhelm Bölsche.

(Schluß.)

Alle diese Einzelergebnisse treten aber zurück gegen vier größte Errungenschaften des Reisenden Darwin. Er löste das größte und populärste naturgeschichtliche Problem, das die Entdeckung der Südhalbkugel der Erde bis dahin dargeboten hatte: die Entstehung der ringförmigen Koralleninseln (Atolle) im Stillen und Indischen Ozean. Korallentiere haben mit diesen Atollen zahllose Inseln mitten im Meere durch Anhäufung ihrer Kalkgehäuse gebildet, Inseln, die aber konstant die Gestalt eines offenen Turmes haben, den außen die freie Welle peitscht und innen ebenfalls Wasser fast bis zum Rande erfüllt, so daß dieser Rand nur eben wie eine Brunnenbrustung aus dem Spiegel ragt. Die Gebilde sehen aus wie tote Krater mitten im Meer. Die alte Theorie bis auf Darwin nahm sie auch als erloschene unterseeische Vulkankrater, auf deren Ring sich die Korallen erst angesiedelt und den Turm aufgebaut hätten. Darwin zeigte, daß es sich hier um einen einheitlichen historischen Vorgang handle: um den wunderbaren Wettkampf von versinkendem Terrain und Schritt haltendem Baufleiß der Korallentiere in ihrem Gebiet. Ein großes Schloß mit Turm und Ringmauer soll versinken. Jedes Jahr soll das Ganze um einer Quader Höhe sinken, Turm wie Umfassungsmauer. Aber auf der Mauer setzen fleißige Hände alljährlich eine Quader gerade mehr wieder auf. Nach Jahrhunderten ist das Schloß selbst, dem niemand nachgeholfen, im Boden verschwunden, Haus wie Turm. Nur die Ringmauer steht aufrecht, als sei nichts geschehen, denn bei ihr hat Nachbauen und Sinken sich Schritt gehalten. So lag an der Stelle des Atolls einst eine echte Insel im Meer. Rings um ihren Strand bauten in gewisser Tiefe die Korallentiere. Da begann das Ganze zu sinken. Die Insel sank, sank, versank mit all ihren Bergen. Aber jener Uferrand, wo die bauenden Korallen im gleichen Tempo nachbauten, blieb stehen. Bis eines Tags da, wo die Insel selbst versunken war, ein Loch war, um das wie ein Brunnenrand das allein gerettete alte Ufer ragte. Das ist in nuce die Darwinsche Korallentheorie. Bezweifelt, hat sie sich gerade in neuerer Zeit wieder immer sieghafter erwiesen. Damals, lange vor der Abstammungstheorie, war sie die spezifische „Darwinsche Theorie", die als solche in alle Lehrbücher kam und Darwins Namen mit einem Schlage berühmt machte.

Sie hatte eine zoologische Seite in der zähen Arbeit der Korallentiere, eine geologische in der Voraussetzung langsamer Senkungen des ganzen Atollgebiets. Ganz geologisch war nun die zweite große Tat: ein großartiges Gemälde der langsamen, periodischen Wandlungen der Erdoberfläche im Südteile von Südamerika während einer relativ jungen, aber offenbar für sich allein noch ungeheuer langen Epoche der Erdgeschichte. Darwin hatte sich auf der Reise selbst zu Lyell, dem neuen Ketzer von damals in der Geologie, der kühn die wilde Humboldt-Cuviersche Katastrophenlehre zugunsten eines viel langsameren, aber viel glatteren, viel organischeren Entwicklungsganges der Dinge in der Erdgeschichte verwarf bekehrt. Als er selbst dann, heimgekehrt, seine Studien zur Geologie Südamerikas veröffentlichte, warfen gerade diese Studien und Tatsachen das Schwergewicht dort in die Wage. Wesentlich durch ihn hat Lyell damals gesiegt. So bezeichnete diese zweite Tat eine Wende in der ganzen Geologie, die größte, die das 19. Jahrhundert erlebt hat. An diese geologische Tat aber knüpfte sich nun wieder eine zoologische. Aus diesen Schichten Südamerikas, die zum erstenmal sich durch ihn in ein großes geologisches Werdebild einordneten, grub er eine Fülle urweltlicher Tierknochen aus. Durch einen Zufall kannte man längst von dort (Goethe hatte es schon beschrieben) das kolossale Skelett des Riesenfaultiers. Dazu traten jetzt Riesengürteltiere, Toxodonten, Macrauchenien, der Mastodon-Elefant und das ursprüngliche Wildpferd. Auch diese Tierwelt, phantastischer als als irgendeine, erhielt zum erstenmal ihren geologischen Hintergrund. Darwin wies auf den wunderbaren Zusammenhang hin, daß heute noch in diesem ehemaligen Reich der Riesengürteltiere Gürteltiere fortlebten, wenn auch nur kleine. Er erörterte die Möglichkeiten, wie die Riesenformen von ehemals ohne wüste Katastrophe, die geologisch hier unmöglich war, rein durch gewisse langsame Wandlungen der Existenzbedingungen ausgerottet werden konnten. Hier erhebt sich der Blick des Reisenden aber wieder zu ganz neuen Problemen. Biologische Gesetze von heute werden — ein Seitenstück zu der Lyellschen neuen Betrachtungsweise in den anorganischen Prozessen der Geologie — angewendet zur Lösung von Fragen vor diesen Tiergestalten und Tiererlebnissen der geologischen Vergangenheit. Gerade hier aber konnte nicht unbedeutsam bleiben, daß die vierte Tat Darwins sich an eine der interessantesten biologisch-geographischen Entdeckungen in der Gegenwart anschließen durfte: das zoologische Wunder der Galapagosinseln. Diese Inselgruppe, eine Strecke weit von der amerikanischen Westküste einsam in den Ozean verschneit und jungen, vulkanischen Ursprungs, besitzt eine Tierwelt, die als ein Ableger der südamerikanischen erscheint. Aber im Detail sind alle Arten etwas anders als drüben in Amerika. Und mehr: die einzelnen Inseln, durch lokale Umstände scharf noch wieder unter sich gesondert, zeigen je für sich besondere Nuancen dieser Abweichungen. Das alles auf geschichtlich jungem Boden, während das Festland drüben alt ist! Bezeichnen jene Knochenfunde rein sachlich einen der schönsten Entdeckermomente in der damals noch sehr jungen Wissenschaft der Paläontologie, so gehört diese Galapagosstudie zu den Grundsteinen einer Wissenschaft, die damals als solche noch gar nicht da war und erst von jüngeren Zeitgenossen und Schülern Darwins ins Leben gerufen werden sollte: der Tiergeographie.

Für Darwin selbst aber haben jene vier Taten schließlich

Monate nach seinem Dienstantritt eine Volksversicherung auf sein eigenes Leben nach Tarif II 85 über 200 bis 500 Mark zu beantragen, hat aber nur ¾ der Beiträge zu entrichten; ¼ übernimmt die „Victoria". Aerztliche Untersuchung findet nicht statt, die Versicherung tritt aber trotzdem ohne Karenzzeit sofort voll in Kraft."

Absatz II des Schriftstückes „berechtigt" den Beamten zur Versicherung seiner Frau, Absatz III zur Versicherung seiner Kinder gegen die volle Tarifprämie.

Diese „Wohltat" ist für die „Victoria" ein gutes Geschäft. Denn wenn sie auch ein Viertel der Prämie selbst trägt, spart sie bei der Sache doch jede Provision, sowohl Abschluß- wie Inkassa-Provisionen kommt also nicht zu kurz. Die in die Versicherung hineingezwungenen Beamten haben dagegen alle Nachteile dieser sogenannten Volks-Versicherungen zu tragen. Werden sie brotlos — und wie leicht kann das bei der „Victoria" geschehen, wenn sie „wider den Stachel löken" — so hat entweder die „Victoria" einen an sie gebundenen unfreiwilligen Prämienzahler, oder aber die Leute können die Versicherung unter schweren pekuniären Verlusten aufgeben. Meist wird das letztere eintreten. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß das „Geschäft" in der Volks-Versicherung in der Hauptsache mit den aufgegebenen oder verfallenen Versicherungen gemacht wird.

Die Beamten der Gesellschaft wissen das besser als irgend jemand sonst. Trotzdem will die Gesellschaft ihre Versicherung erzwingen.

Noch eins: Der Versicherungsantrag der Gesellschaft enthält eine Reihe von Fragen nach dem Gesundheitszustand des Antragstellers, sowie dem der Eltern und Geschwister, die wahrheitsgemäß beantwortet werden müssen, wenn sich der unfreiwillige Antragsteller nicht unter Umständen des Betruges schuldig machen will. Durch Beantwortung dieser Fragen umgeht die Gesellschaft eine ärztliche Untersuchung der von ihr dauernd zu beschäftigenden Beamten. Fällt die Beantwortung der zu stellenden Fragen ungünstig für den zu dem Antrage Gezwungenen aus, so ist ja die Gesellschaft nicht gehalten, ihn zu versichern, ja sie ist nicht gehalten, den Kranken — weiter zu beschäftigen! Sollte das der Zweck der Uebung sein?

Es ist kein Zweifel, daß dieser Zwang zur Versicherung mit dem Hintergrunde der Entlassung im Falle des Nichteinverständnisses oder der erzwungenen Offenbarung ungünstiger Gesundheitsverhältnisse gegen die guten Sitten verstößt. Ein Bäcker kann nicht gezwungen werden, das Brot bei seinem Meister zu entnehmen; ein Schneider darf seine Röcke herbeziehen, woher er Lust hat, und ein Versicherungsbeamter ist beim Abschluß von Versicherungen seiner Person nicht an die Gesellschaft gebunden, bei der er beschäftigt wird. Unter Umständen kann ihn ja seine intimere Kenntnis der Verhältnisse gerade dieser Gesellschaft davon abhalten, mit ihr einen Versicherungsantrag einzugehen.

Es gibt heute übrigens kaum noch einen Unternehmer, der den von ihm beschäftigten Arbeitern zumutet, ihren Bedarf bei ihm zu decken. Bei der gewerkschaftlich und politisch aufgeklärten Arbeiterschaft käme derselbe mit solchen Forderungen böse an. Auch die „Victoria" dürfte es nicht wagen, ihren Leuten derartiges zu bieten, wenn sie in ihrer Mehrzahl organisiert wären!

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeindeordnung.** Nach § 14 gelten als Gemeindemitglieder:

1. alle zur Gemeinde gehörenden selbständigen Einwohner,
2. alle diejenigen, welche im Gemeindebezirk mit einem Wohnhause angesessen sind.

Die Teilnahme an den öffentlichen Geschäften der Gemeinde (Gemeinderecht) ist dagegen nur denjenigen Gemeindemitgliedern gestattet, welche gewisse Bedingungen erfüllen. Das Gemeinderecht umfaßt:

1. entweder die Mitgliedschaft der aus sämtlichen stimmberechtigten Gemeindemitgliedern bestehenden Gemeindeversammlung oder das Recht zur Teilnahme an den Wahlen zu der aus gewählten Gemeindeverordneten bestehenden Gemeindevertretung,
2. das Recht und die Pflicht, unbesoldete Aemter in der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde zu bekleiden.

Die Voraussetzungen, an welche das Gemeinderecht geknüpft ist, sind:

1. daß das Gemeindemitglied die preußische Staatsangehörigkeit besitzt und selbständig ist,
2. seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen,
3. die dasselbe betreffenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und
4. im Gemeindebezirk mit einem Wohnhause angesessen ist, welches zu einem Jahresbetrage von mindestens 6 Mark an Grund- und Gebäudesteuer vom Staate veranlagt ist, oder
5. seinen Wohnsitz im Gemeindebezirk hat und zur Staatseinkommensteuer oder mindestens zu dem fingierten Normalsteuersatze von 4 Mk veranlagt ist oder ein Einkommen von 660 bis 900 Mk. bezieht.

Steuerzahlungen und Grundbesitz der Ehefrau werden dem Ehemann, Steuerzahlungen und Grundbesitz der minderjährigen bezw. der unter väterlicher Gewalt befindlichen Kinder dem Vater angerechnet.

Die unter Ziffer 1 geforderte Selbständigkeit wird in der Landgemeindeordnung folgendermaßen definiert: „Als selbständig wird derjenige angesehen, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm das Recht, über sein Vermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten, nicht durch richterliches Erkenntnis entzogen ist". Einen eigenen Hausstand hat derjenige, der sich im Besitze einer eigenen, wenn auch gemieteten und mit Möbeln und Gerätschaften des Vermieters ausgestatteten Wohnung (Zimmer) befindet.

Als Armenunterstützung, welche vom Gemeinderecht ausschließt, gelten nicht die Leistungen der Krankenkassen, die Unfall-, Invaliden- und Altersrenten, da sie lediglich die Gegenleistung für die gezahlten Beiträge bilden. Auch Unterstützungen von wohltätigen Vereinen usw. sind keine Armenunterstützung.

Die das Gemeindemitglied betreffenden Gemeindeabgaben sollen bezahlt sein, d. h. aber nicht etwa, daß jeder kleine Steuerrückstand vom Gemeinderecht ausschließt. Erst wenn aus der Zeit, innerhalb der die Rückstände aufgelaufen, aus der Höhe derselben oder sonstwie zu entnehmen ist, daß das Gemeindemitglied seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann oder will, soll der Ausschluß vom Gemeinderecht erfolgen.

Der unter Ziffer 4 geforderte Veranlagungssatz von mindestens 6 Mk. kann dort, wo besondere Ortsverhältnisse dies nötig machen, ausnahmsweise mit Genehmigung des Kreisausschusses geringer festgesetzt werden.

Aus der Fassung des Gesetzes ergibt sich ohne weiteres, was hier noch besonders hervorgehoben sei, daß der Besitzer eines Wohnhauses gar nicht selbst in der Gemeinde zu wohnen braucht, um das Gemeinderecht zu besitzen. Dies gilt jedoch nur für die Landgemeinden, für die der Gemeindeordnung unterstehenden Städte ist diese Bestimmung aufgehoben.

Außer den unter Ziffer 4 und 5 aufgeführten Gemeindemitgliedern kennt die Westfälische Landgemeindeordnung aber noch andere Berechtigte, welche das Stimm- und Wahlrecht unter gewissen Bedingungen besitzen. Es heißt im § 16: „Wer in einer Gemeinde seit einem Jahre mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner, sowohl an direkten Staats- als auch an Gemeindeabgaben entrichtet, ist, auch ohne im Gemeindebezirk zu wohnen oder mit einem Wohnhaus angesessen zu sein, zum Stimm- und Wahlrecht berechtigt, falls bei ihm die übrigen Erfordernisse zutreffen. Eben dies gilt von juristischen Personen, wenn sie in einem solchen Maße in der Gemeinde besteuert sind".

Es kann somit jemand in einer Gemeinde das Stimm- und Wahlrecht besitzen, der, ohne daselbst zu wohnen oder mit einem Wohnhaus angesessen zu sein, z. B. von seinem in dieser Gemeinde belegenen Grundbesitz oder Gewerbebetrieb sowohl an direkten Staats- wie an Gemeindeabgaben mehr wie einer der drei höchstbesteuerten Einwohner zahlt. Gefordert wird jedoch, daß der Betreffende auch die übrigen Erfordernisse erfüllt, d. h. Preuße ist usw. Dasselbe Recht haben juristische Personen, ganz gleich, wo sie ihren Sitz haben, wenn dieselben in einer Gemeinde so hohe Steuern zahlen. Als juristische Personen bezeichnet man: die Aktiengesellschaften, die Kommanditgesellschaften, die Berggewerkschaften im Sinne des Berggesetzes von 1865 und die Stiftungen, welchen das Recht juristischer Persönlichkeit verliehen worden ist. Dagegen werden die Berggewerkschaften, welche bei Erlaß des Berggesetzes von 1865 bereits bestanden, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die eingetragenen Genossenschaften nach Gerichtsentscheidungen nicht als juristische Personen betrachtet.

Während die Landgemeindeordnung allgemein verlangt, daß jemand ein Jahr in der Gemeinde wohnen muß, um zum Stimm- und Wahlrecht zugelassen zu werden, sind für den Besitzer eines Wohnhauses wieder gewisse Erleichterungen vorgesehen. Wer z. B. durch Erbschaft oder Uebertragung unter Lebenden in den Besitz eines Wohnhauses gelangt, dem kommt bei Berechnung der Dauer des einjährigen Wohnsitzes die Besitzzeit des Vorbesitzes zugute. Es kann aber auch einem stimmberechtigten Gemeindemitgliede, welches aus einer anderen Gemeinde zuzieht, das Gemeinderecht vor Ablauf eines Jahres durch den Gemeindevorsteher im Einverständnis mit der Gemeindeversammlung verliehen werden.

Im nächsten Artikel wollen wir das den Frauen und unselbständigen Personen unter gewissen Umständen zustehende Stimm- und Wahlrecht besprechen.

Die Gemeindevertreterwahl in der 1. Wählerklasse in Offenburg (Baden) endete mit einem Siege der liberalen Liste, auf die sich 94 bis 98 Stimmen vereinigten, während die Zentrumsliste 55 Stimmen erhielt. Die Nationalliberalen hatten einen Sozialdemokraten mit auf ihre Liste genommen, der nunmehr auch gewählt ist. — Im Offenburger Bürgerausschuß sitzen nunmehr noch zwei Sozialdemokraten, nachdem die sozialdemokratische Liste in der dritten und zweiten Wählerklasse unterlegen ist. Dem Stadtrat gehören zwei Sozialdemokraten an, die aber vermutlich von den Gegnern jetzt auch aus dem Stadtrat beseitigt werden

Soziales.

Der Kölner Aerztestreik. Einige bürgerliche Blätter versuchen das vom Standpunkte eines jeden, der einen Rest von Gerechtigkeitsgefühl und sozialem Empfinden sich bewahrt hat, völlig ungerechtfertigte Vorgehen der Aerzte in Köln durch Verdrehung des Tatbestandes zu entschuldigen. Demgegenüber sei nachfolgend ein objektiver Bericht des Sachverhalts wiedergegeben, den am vergangenen Sonntag in Köln vor einer überfüllten Versammlung der Vorstände und Generalversammlungsvertreter von 44 Kölner Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen der zweite Vorsitzende des Krankenkassenverbandes des Aufsichtsbezirks Stadt Köln, Herr Brachel, über die Entwicklung der Dinge erstattete:

Nachdem die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz 1903 die Wünsche des Deutschen Aerztevereinsbundes nicht erfüllt hatte, beschloß dieser, den Krankenkassen seine Bedingungen aufzuzwingen. Die Kölner Aerzte hielten sich 1904 für berufen, in Köln die Probe zu machen. Der Verlauf des Kampfes, der mit der vertragswidrigen Einstellung der ärztlichen Tätigkeit begann und mit der gewaltsamen Einführung der vom Aerzteverein zur Bedingung gestellten sog. freien Arztwahl durch die Aufsichtsbehörde endete, ist bekannt. Durch die „freie Arztwahl" wurde die vorher blühende Entwicklung der Kölner Kassen vollständig lahmgelegt, obwohl die Kassenbeiträge gewaltig erhöht, zum Teil verdoppelt wurden. Die so sehr gepriesene Selbstkontrolle der Aerzte hat vollständig versagt gegenüber dem Treiben derjenigen Aerzte, die durch Patientenfang ihr Einkommen aus der Kassenpraxis erhöhen wollten. Man kann den Führern der Aerzteorganisation den besten Willen zutrauen, aber die Verhältnisse in großen Städten wachsen über sie hinweg. Für Köln hat sich in den fünf Jahren ihrer Wirksamkeit die freie Arztwahl als unmöglich erwiesen; ihr Verschwinden ist eine Existenzfrage für die Krankenkassen. Bei der freien Arztwahl hat sich die Mißwirtschaft, daß manche Aerzte mit allerlei, auch unlauteren Mitteln auf Kosten der Kassen die Patienten an sich lockten, stark herausgebildet.

Die Krankenkassen sind zur Einigung mit den Aerzten stets bereit gewesen; aber der Vertreter der Aufsichtsbehörde, Beigeordneter Dr. Frchs, legte nach sechsmonatigem Verhandeln den Vorsitz nieder mit den Worten: „Ich kann vom Standpunkt der Aufsichtsbehörde die Forderungen der Aerzte nicht befürworten; ich gerate in den von mir gefürchteten Konflikt mit meinen Pflichten."

Weiter gepflogene Verhandlungen unter dem Vorsitz eines Regierungskommissars, Regierungsrat Reinbothe, mußten abgebrochen werden, da der Aerzteverein während der Verhandlungen (!!!) die Sperre über die Kölner Kassen verhängte. Später unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtspräsidenten Decker auf Veranlassung des Regierungspräsidenten erneut aufgenommene Verhandlungen scheiterten an der Erklärung der Aerzte, sie seien an die Beschlüsse der Aerztetage gebunden, Beschlüsse, die den Zweckgedanken der Krankenversicherung vollständig vernichten; sie bedeuten die Rückversetzung in die Zeiten vor Inkrafttreten der Krankenversicherung.

Noch während dieser Verhandlungen sammelten die Leiter der Aerzte unter Benutzung von Automobilen Unterschriften zu einem Revers, wonach die Kölner Aerzte sich ehrenwörtlich verpflichteten, auf Anruf die mit den Krankenkassen bestehenden Verträge zu brechen. Durch die so künstlich erzeugte Notlage wollte man, genau wie vor fünf Jahren, den Kassen abermals die Bedingungen aufzwingen. Nun ging der Vorstand des Krankenkassenverbandes sofort daran, mit den dazu bereiten Kölner und auswärtigen Aerzten langjährige Verträge abzuschließen. Auch ein nachdem noch von dem Kölner Oberbürgermeister Wallraf gemachter Vorschlag, einschließlich der schon engagierten 150 Kölner Aerzte anzustellen, wurde wieder unter Hinweis auf die Beschlüsse der Aerztetage abgelehnt. Insgesamt hat der Krankenkassenverband bis jetzt 68 Aerzte vertraglich verpflichtet, zu denen noch einige hinzukommen werden.

Seit Jahren kämpft der Leipziger Verband der Aerzte mit Mitteln, die das Reichsgericht wiederholt mit dem Makel, wider die guten Sitten zu verstoßen, belegt hat. Der Leipziger Verband kämpft gegen das Recht, gegen die Heiligkeit der Verträge mit unerlaubten, unmoralischen Mitteln. Der bekannte Sozialpolitiker Professor Stier-Somlo (Bonn) schreibt: „Der Leipziger Verband der Aerzte terrorisiert eine große Anzahl von Aerzten; er arbeitet mit allen Mitteln, mit denen ein Interessenverband nur arbeiten kann. Er hat den Bann der sozialen und beruflichen Aechtung zu vergeben und macht davon rücksichtslos Gebrauch."

Auch in Köln arbeitet man jetzt schon wieder mit den verwerflichsten Mitteln. Allem aber wird die Krone aufgesetzt durch den Beschluß des Aerzteverbandes, auch die nichtversicherten Familienangehörigen der Kassenmitglieder unter keinen Umständen zu behandeln. Dieser Beschluß ist das Werk fanatischer Scharfmacher, ein wahres Schulbeispiel rücksichtsloser, brutaler Kampfesweise. Wie der Ritter von der traurigen Gestalt kämpft man gegen Personen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben. Diese Kampfesweise ist auf einem Tiefstand angelangt, der ein weiteres Sinken nicht mehr zuläßt.

Die Kassenarztfrage ist für den Leipziger Aerzteverband keine Existenz-, sondern eine Machtfrage. Professor Stier-Somlo schreibt: „Ich habe der Ueberzeugung des öfteren Ausdruck gegeben, daß die wirtschaftliche Existenzfrage der Aerzte nicht in den Vordergrund der Diskussion gestellt werden darf, sondern daß es sich um die öffentlich-rechtliche Aufgabe der Krankenkassen handelt."

Der Streik der Aerzte, die ihre Hilfeleistungen gegenüber der leidenden Menschheit einstellen, erinnert an einen Menschen, der seinen Nächsten in dringender Lebensgefahr sieht und die Rettung an bestimmte egoistische Bedingungen knüpft. Aufgabe der Gesetzgebung ist es, dem frivolen Treiben des Leipziger Verbandes, der seine Forderungen um jeden Preis stellt, Einhalt zu gebieten. Leben und Gesundheit des Volkes darf nicht der Willkür einer einzelnen Berufsgruppe preisgegeben werden. Der Leipziger Verband bildet heute durch seine Kampfesweise eine nationale Gefahr.

Die Forderungen der Aerzte gegen die Kranken-, die Unfall- und die Invalidenversicherung sind seit Inkrafttreten der Arbeiterversicherung immer gestiegen und haben ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Es besteht die Gefahr eines fortwährenden Kampfes, wenn nicht endlich Wandel geschaffen wird. Bei der Krankenversicherung hat in der Zeit, wo die Mitgliederbeiträge sich verdoppelten, das Arzthonorar sich verfachfacht.

Die Blicke der Angehörigen der gesamten deutschen Arbeiterversicherung sind nach Köln gerichtet; aber die deutsche Arbeiterversicherung wird sich auf Köln verlassen können. Die Kölner Kassen werden für ihre Interessen unerschütterlich kämpfen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

In der Diskussion stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt des Referenten. Ein Vorstandsmitglied, Herr Päß, teilte mit, daß die Aerzte zunächst sogar den Plan erwogen hätten, auch keine Privatpatienten zu behandeln und so einen derartigen Notstand in Köln und Umgebung hervorzurufen, daß die Regierung in wenigen Tagen die Kassen auslieferte.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die das Vorgehen des Vorstandes des Krankenkassenverbandes vollständig gutheißt und sich aufs schärfste gegen die Kampfesweise der Aerzte wendet.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Kursgewinne und nationale Interessen.** Die Generalversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika hat am Sonnabend die angekündigte Kapitalserhöhung um 2 Millionen Mark beschlossen. Feierlich ist diese Aktion vollzogen worden, gaben ihre Regisseure doch an, daß nationale Interessen sie erheischen. Der nationalen Bedeutung dieser Kapitalserhöhung entsprechen die merkwürdigen Umstände und Bedingungen, unter denen sie ausgeführt wird. Auf die neuen 2 Millionen Mark werden zunächst nur 25 Prozent eingezahlt, die neuen Anteile werden jedoch nicht den bisherigen Aktionären zum Bezuge angeboten, ein Konsortium übernimmt sie, das mit der Verwaltung der Gesellschaft identisch ist. Den Aktionären soll eine Beteiligung angeblich dadurch ermöglicht sein, daß es ihnen freigestellt wird, sich dem Konsortium anzuschließen. Doch dabei handelte es sich um ein papiernes Recht, denn die Verwaltung soll in jedem einzelnen Falle entscheiden, ob den Aktionären eine verlangte Beteiligung zugestanden werden soll oder nicht. Schon seit Monaten hatten die Banken, die die Verwaltung und das Uebernahmekonsortium der neuen Anteile bilden oder beherrschen, mitgeteilt und mitteilen lassen, daß von englischer Seite Käufe in den Anteilen der deutschen Kolonialgesellschaft erfolgen, um dem südafrikanischen Diamantensyndikat den entscheidenden Einfluß auf die Gesellschaft zu sichern. Diese Nachrichten wurden von dem Tage an verbreitet, an dem die sensationellen Berichte über die Diamantenfunde in Südwest-Afrika veröffentlicht wurden. Die Terrains der Gesellschaft sollen zum Teil Stätten der versprochenen Schätze sein. Auf diese englischen Käufe wurden nicht zuletzt die innerhalb weniger Wochen erfolgte Kurssteigerung der Anteile der Kolonialgesellschaft um 300 Prozent zurückgeführt. Jetzt begründet die Verwaltung der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika die gekennzeichnete Kapitalserhöhung um 2 Millionen Mark mit der Notwendigkeit, das aussichtsvolle deutsche Kolonial-Unternehmen gegen den Einfluß ausländischen Kapitals zu schützen. Um jeden Zweifel an dem Zweck der Kapitalserhöhung auszuschließen, wurde von der Verwaltung bekanntgegeben, daß neue Mittel nicht gebraucht würden, die Gesellschaft verfüge zurzeit sogar über 1 Million Mark in bar. Bei kritischer Betrachtung dieser Vorgänge erscheinen die nationalen Interessen der die Gesellschaft beherrschenden Banken jedoch in einem wesentlich anderen Licht. Die Banken besaßen die Majorität des Gesellschaftskapitals, eine Aenderung dieses Besitzverhältnisses könnte nur erfolgt sein, wenn sie einen Teil ihres Besitzes während des Haussetreibens verkauft hätten. Sollten diese Verkäufe erfolgt sein, dann hätten die Banken, vorausgesetzt, daß die Hauptkäufer, wie sie behaupten, englische Interessenten waren, um den Preis enormer Kursgewinne das deutsche Kolonialunternehmen dem ausländischen Kapital bedenkenlos preisgeben wollen. Sind diese Verkäufe nicht erfolgt, dann kann die Majorität nicht gefährdet sein, denn sie muß in den Händen der Banken liegen. Nun kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Banken (lies: Verwaltung der deutschen Kolonialgesellschaft) zwar noch über die Mehrheit der Anteile verfügen, den über die Majorität hinausgehenden Besitz aber schon zu hohen und höchsten Kursen verkauft haben. Nach der Kapitalserhöhung haben sie sich mit geringen Mitteln eine neue sichere Majorität verschafft, die ihnen ermöglicht, die zur Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Majorität zurückbehaltenen Anteile zu Kursen von 500 Prozent und darüber loszuschlagen. Im Finanzkreisen wurde diese Auffassung mit Bestimmtheit vertreten, selbst kolonialbegeisterte Blätter schlossen sich ihr an und gaben der Vermutung Aus-

---

doch noch etwas andres gezeitigt. Vor ihnen hat sich der Reisende organisch zum Theoretiker der Entwicklungslehre auswachsen müssen. In dem Reisebericht steht noch nichts über Entwicklungslehre. Es sei denn, daß über Lamarck, den wir heute Darwins Vorgänger nennen, einmal eine abfällige Bemerkung kommt. Viele Jahre später aber hat Darwin doch zugegeben, im stillen sei bei ihm die Idee aufgeblitzt, habe aufblitzen müssen, als er in der Heimat der heutigen Gürteltiere jene tonnenhaft kolossalen Panzer ausgrub, die auch Gürteltieren angehört hatten, und er sich sagte, daß zwischen damals und heute keine wüste Vernichtungskatastrophe geologisch liege, sondern bloß ein ganz langsamer Wechsel des Milieus, der diese Art allmählich bedrängen und beseitigen, jene dagegen (die zufällig besser angepaßte) begünstigen und zur Alleinherrschaft führen mußte; als er auf den Galapagosinseln ein junges Land bevölkert sah mit Zuzüglern eines nahen alten Kontinents, an den feinen Verschiedenheiten aber merken mußte: hier hatte noch in relativ neuer Zeit eine wirkliche Umwandlung durch veränderte Milieueinflüsse stattgefunden, und sogar auf jeder der gesonderten Inseln eine besondere; als er endlich aus seiner eigenen Korallentheorie, in der das geologische Sinken dem feinen Korallenfleiß doch gerade Zeit ließ, sein Terrain dauernd zu retten, entnehmen mußte, wieviel Zeit auch der zuletzt größte geologische Milieuwechsel offenbar der Anpassung des Lebens, der Umwandlung der Arten durch Häufung winzigster Vorteile in der Erdgeschichte gelassen hatte. Umwandlungsmöglichkeiten bei den Arten — außerordentlich viel geologische Zeit — und direkte Wahrscheinlichkeit von Entwicklungen in der realen Geschichte durch greifbare paläontologische Funde: . . . im Milieu dieser Reiseerlebnisse hat der Reisende Darwin sich zu dem Darwin der Abstammungslehre entwickelt. Und noch eins hat er von der Reise mitgebracht. Um jener paar Feuerländer willen war sie einst zustande gekommen. Als viele Jahrzehnte später Darwin seine Abstammung des Menschen, sein verfehmtestes Buch, schrieb, trat dieser wilde, regengepeitschte Strand des unwirtlichen Feuerlandes mit seinen unsagbar rohen nackten Menschen vor seine Seele, und in dem Moment hat er den tiefsten und schlagendsten Satz geschrieben, den für mein Gefühl dieses große und gedankenreiche Buch enthält, den Satz: „Ich für mein Teil möchte ebensogern von jenem heroischen kleinen Affen abstammen, der seinem gefürchteten Feinde trotzte, um das Leben seines Wärters zu retten, oder von jenem alten Pavian, der von den Hügeln herabsteigend im Triumph seinen jungen Kameraden aus einer Menge erstaunter Hunde herausführte, — als von einem Wilden, der Entzücken bei den Martern seiner Feinde fühlt, blutige Opfer darbringt, ohne Skrupel Kindsmord begeht, seine Frauen als Sklaven behandelt, keinen Anstand kennt und ein Spielball des gröbsten Aberglaubens ist."

druck, daß die mehr oder weniger künstliche Kurssteigerung in den Anteilen der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika von den Banken zu recht bedeutenden Gewinnen ausgenutzt werden soll, da sie wahrscheinlich selbst nicht an eine lange Dauer der hohen Kurse glauben. Solche Geschäfte lassen sich am besten und sichersten im Namen der nationalen Interessen betreiben; für die Banken sind Kursgewinne von einigen hundert Prozent immer gleichbedeutend mit den heiligsten Interessen der Nation.

Gerichtliches.

Die Kinderschutz-Kommission, die von den organisierten Frauen Dresdens ins Leben gerufen ist, hat, wie neulich die gemeldete Dienstbotenmißhandlung, jetzt eine Kindermißhandlung aufgedeckt.

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich eine Kutscherfrau Roch wegen Mißhandlung ihres achtjährigen Mädchens zu verantworten. Die Frau ist im Jahre 1907 schon einmal wegen Mißhandlung desselben Kindes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie erhielt diesmal sechs Monate Gefängnis.

Wegen Spitzendiebstahls verurteilt. Plauen, 9. Febr. Das Urteil gegen die Spitzendiebe ist gestern noch gefällt worden. Es lautete gegen den Hauptangeklagten Handarbeiter Weller auf sechs Jahre Zuchthaus, Markthelfer Flehmig ein Jahr acht Monate Zuchthaus, Handarbeiter Zimmermann dreieinhalb Jahre Gefängnis, Handarbeiter Seifert zwei Jahre acht Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten kleinere Strafen, ein Teil wurde freigesprochen.

Vermischtes.

Lustmord. Trier, 8. Febr. Ein Bergarbeiter namens Simm, in dem lothringischen Orte Mentei la Montagni bei Neubach, fand nach Beendigung seiner Nachtschicht auf dem Nachhausewege seine 25jährige Ehefrau in einer Blutlache liegend als Leiche. An der Unglücklichen war ein gräßlicher Lustmord verübt worden. Der mutmaßliche Täter, ein dortiger Familienvater, beging Selbstmord.

Selbstmorde. Weißenburg, 8. Febr. In Friedberg wurde auf dem Bahngeleis der Oberleutnant Hans Müller aus Weißenburg tot aufgefunden. Der Offizier hat vermutlich Selbstmord begangen.

Frankfurt a. M., 9. Febr. Zu dem gestrigen Unglücksfall des Offiziers Gabler melden die Blätter aus Friedberg, daß der verunglückte Offizier in Begleitung seines Verwandten, eines Kadetten, von Berlin abreiste. Der Kadett hatte nur 3. Klasse. Die Differenz bezahlte der Offizier, weil er einen Bekannten bei sich haben wollte. Der Begleiter gab bei seiner Ankunft in Frankfurt an, daß der Offizier plötzlich verschwunden sei. Es kann sich nur um einen Unfall handeln.

Stettin, 8. Febr. Nach einem Verweis durch seinen Lehrer hat sich in Schwedt a. O. der 13jährige Gymnasiast v. Goetz, Sohn eines Adjutanten der Kavallerieinspektion, erschossen.

Der Brand in Bleyen. Geestemünde, 9. Febr. Der Naphthatankbrand in Bleyen hält noch mit unverminderter Stärke an. Bisher sind 5 Tanks explodiert. Man hofft, die übrigen 4 retten zu können.

Wilhelmshaven, 9. Febr. Durch den Brand in Bleyen sind 5 000 000 Kilogramm Petroleum vernichtet worden. Der Schaden beträgt 4 Millionen Mark.

Die Tobsucht. Frankfurt a. M., 9. Febr. In der hiesigen Infanteriekaserne kam gestern bei einem Soldaten die Tobsucht derart zum Ausbruch, daß 10 Mann erforderlich waren, den Wütenden festzuhalten. Schließlich wurde ihm durch die Rettungswache die Zwangsjacke angelegt und ins Lazarett geschafft.

Ueberfahren. Mannheim, 8. Febr. In der verflossenen Nacht kurz nach 12 Uhr geriet an dem Eingang der Rheinbrücke ein älterer Bahnwärter namens Franz Schreck aus Seckenheim unter einen Schnellzug und wurde in Stücke gefahren. Schreck war 64 Jahre alt.

10 000 Mk. unterschlagen. Berlin, 9. Febr. Nach Unterschlagung von 10 000 Mk. flüchtig geworden ist der 33jährige Buchhalter Georg Baumann, der als Filialvorsteher der Berliner Paketfahrt-Akt.-Ges. Starke u. Co. die Filiale in der Potsdamerstr. 56 leitete.

Die Schäden des Hochwassers. Nürnberg, 9. Febr. Der Magistrat veranschlagt den Hochwasserschaden an städtischem Eigentum, nämlich an Gebäuden, Brücken und Pflaster, auf 150 000 Mk.

Eine Lawine. Graz, 9. Febr. Bei Mariazell tötete eine Lawine zwei Kinder und eine alte Frau. Auch der Stall eines Gehöfts wurde zerstört und 5 Rinder wurden von der Lawine getötet.

Ein deutscher Kriminalbeamter wegen Spionage verhaftet. In Krakau wurde der bei dem Beuthener Grenzkommissariat beschäftigte und beim Bahnhof Myslowitz stationierte Kriminalbeamte Knitsch wegen Spionageverdachts verhaftet. K. hatte sich in Krakau eine Wohnung gemietet und fiel dadurch auf, daß er täglich Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung Krakaus machte, und sich besonders für militärische Dinge interessierte.

Eine Haussuchung förderte zahlreiches Material zutage, welches genügte, um die Verhaftung zu rechtfertigen. Das Belastungsmaterial, das in der Wohnung gefunden wurde, stellte zweifellos fest, daß K. seit längere Zeit für eine auswärtige Macht als Spion tätig sei.

Ein Ballon ins Meer gefallen. Rom, 8. Febr. Einige tausend Meter von der Küste von Camogli entfernt, unweit von Genua, fiel gestern mittag ein Ballon ins Meer. Die Insassen, drei Luftschiffer aus Turin, welche um Mitternacht von dort abgefahren waren und eine Höhe von 4000 Meter erreicht hatten, wurden glücklich gerettet.

Eine Diebesbande gefaßt. Paris, 8. Febr. Die Polizei verhaftete in Belfort eine Bande von 9 Personen, die unter der Leitung einer bekannten Halbweltdame Diebstähle verübt haben.

Ueberfahren. Paris, 8. Febr. Der bekannte Bühnendichter und Theaterkritiker Catulle Mendès ist heute früh im Tunnel zwischen Paris und St. Germain tot aufgefunden worden. Da ein Selbstmord als ausgeschlossen gelten kann, so wird angenommen, daß der fast Siebzigjährige, als er nachts von Paris nach seinem Wohnort St. Germain fuhr, in der Schlaftrunkenheit eine falsche Coupétür öffnete und aus dem Zuge stürzte. Der nächste nach Paris fahrende Zug zermalmte den Leichnam, der zwei Stunden lang unbeachtet auf den Schienen lag, bis zur Unkenntlichkeit.

Letzte Nachrichten.

Entschuldigung der chilenischen Regierung. Berlin, 9. Februar. Der hiesige chilenische Geschäftsträger sprach gestern im Auswärtigen Amte im Namen der chilenischen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Santiago aus. Weder im Auswärtigen Amt noch auf der hiesigen chilenischen Gesandtschaft sind bis jetzt eingehendere Nachrichten über die mit dem Brande der Geschäftsräume der deutschen Gesandtschaft und der Ermordung des Sekretärs Beckert zusammenhängenden näheren Umstände eingetroffen. Doch wird in hiesigen maßgebenden chilenischen Kreisen versichert, daß die chilenische Regierung alles aufbieten wird, um der Schuldigen habhaft zu werden und sie der gerechten Bestrafung zu überliefern.

* * *

Berlin, 10. Febr. Dem preußischen Landtag ist eine Novelle zum Berggesetz zugegangen; die wichtigsten Bestimmungen sind: Der Betrieb darf nur von Personen beaufsichtigt und geleitet werden, deren Befähigung anerkannt ist. Der Befähigungsnachweis erfolgt durch eine Prüfung, die vor den Bergbehörden abgelegt werden muß. Die Behörden haben das Recht, Personen die Befugnis, ein Bergwerk zu leiten, zu entziehen, wenn diese die notwendige Befähigung nicht besitzen. Die Bergwerksbesitzer und deren gesetzliche Vertreter sind mitverantwortlich, wenn sie von den Mißständen gewußt haben. Jedes Bergwerk mit mehr als 100 Arbeitern muß einen ständigen Arbeiterausschuß besitzen, der das Recht hat, durch seine Mitglieder, die dem Arbeiterstand angehören, die Grube befahren und in bezug auf Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter prüfen zu lassen. Die Wahlen zum Arbeiterausschuß sind unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist, wer ein Jahr auf der Grube gearbeitet hat. Gewählt kann jeder werden, der 30 Jahre alt ist und 3 Jahre auf dem Werk gearbeitet hat. Zum Befahren der Grube dürfen nur Mitglieder verwandt werden, die 5 Jahre unterirdisch gearbeitet haben. Das Oberbergamt ist befugt, Arbeiterausschüsse einzusetzen, wenn die Arbeiter sich weigern, einen solchen zu wählen. Den Mitgliedern des Arbeiterausschusses ist der entgangene Arbeitsverdienst von der Grube zu ersetzen.

Berlin, 10. Februar. Der geisteskranke Bildhauer Hermann Hoffmann, der seinen Bruder Max in der Uffnaustraße 13 zu Charlottenburg erschoß und dessen Frau lebensgefährlich verletzte, ist, wie aus Hannover gemeldet wird, dort verhaftet worden. Hoffmann wird heute hierher transportiert werden. Das Befinden der Frau des Ermordeten ist noch unverändert.

Berlin, 10. Febr. In einem Teil der bürgerlichen Presse wird behauptet, daß die gestrigen Arbeitslosendemonstrationen anläßlich des Besuchs des Königs von England sorgfältig vorbereitet gewesen waren. Der „Vorwärts" bemerkt dazu, daß die Arbeitslosenversammlungen zu einer Zeit angesetzt worden seien, wo man von dem Zeitpunkt des Besuchs des Königs noch keine Ahnung gehabt habe.

Fürstenwalde, 10. Febr. Eine Liebestragödie spielte sich gestern abend im Hause Frankfurterstraße 25 ab. Der 19jährige Schlosser Kosan unterhielt mit der 20jährigen Arbeiterin Wenzel ein Liebesverhältnis. Er wurde von ihr hintergangen, lauerte ihr auf und gab einige Schüsse auf sie ab. Das Mädchen ist lebensgefährlich verletzt. Der junge Mann schoß darauf zweimal auf sich selbst und tötete sich durch Schüsse in Kopf und Lunge.

Erfurt, 10. Febr. Bei einem finanziellen Konflikt erschoß gestern der Hausbesitzer Hermann Möller seine Ehefrau und entleibte sich darauf durch mehrere Schüsse ins Herz. Das Drama vollzog sich in Gegenwart der Tochter des Paares.

Frankfurt a. M., 10. Febr. Hier wurden zum ersten Male je ein Sozialdemokrat in die Schuldeputation und das Schulkuratorium gewählt.

Gleiwitz, 10 Februar. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Karl Pysek, der im Juli vorigen Jahres seine Frau und Schwiegermutter sowie seine Tante erschoß, dreimal zum Tode. Der Mörder war in vollem Umfange geständig.

Beuthen, 10. Febr. Auf Strafanzeige seiner erwachsenen Söhne wurde der Maschinenwärter Bryllacroitza verhaftet, der im Jahre 1904 in kurzer Zeit drei seiner Kinder erwürgt hatte.

Laibach, 10. Febr. In der Artilleriekaserne haben sich ein Zugführer und ein Korporal gegenseitig mit ihren Dienstgewehren erschossen. Beide hatten sich Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Regimentskasse zuschulden kommen lassen.

Wien, 10. Februar. Die Zurückziehung der bulgarischen Truppen von der Grenze ist mit der Entlassung der einberufenen Reservisten verfügt worden, da von Petersburg aus in Sofia notifiziert worden ist, daß die Türkei die Forderung der Grenzregulierung habe fallen lassen.

Wien, 10. Februar. Kaiser Franz Joseph hat gestern die Ernennungshandschreiben für das neue Kabinett unterzeichnet. Der christlichsoziale Präsident des Abgeordnetenhauses wird das Handelsministerium erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Tapezierer, Bielefeld. Sprechen Sie bei uns vor.

Standesamts-Nachrichten.

Bünde.

Eheschließung: Kaufmann Friedrich Wilhelm Albrecht Eggersmann, Hamburg, und Hedwig Luise Sophie Mathilde Berta Dustmann, Bünde, Klinkstraße 2.

Sterbefall: Witwe Luise Flake geb. Meise, 71 Jahre, Bünde, Klinkstraße 26.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!



Wir bleiben exquisit und unerreicht!

Biotophon-Theater, Niedernstrasse 14.

Biotophon-Schlager-Programm vom 9. bis 12. Februar

Neu! Sensationell! Hervorragender Kunstfilm!

Antonius und Kleopatra.

(Trauerspiel von W. Shakespeare.)

Die Schönheit dieser Vorführungen ist überwältigend.

Der historische Stoff bereitet jedem Besucher einen Kunstgenuß ersten Ranges. Hervorheben wollen wir nur noch, daß die einzelnen Szenen teils in Rom, teils im Palaste der Königin Kleopatra zu Alexandrien spielen. Hochinteressant und erstklassig dargestellt ist die Szene: Der besiegte Antonius stürzt sich nach der Seeschlacht bei Actium im Jahre 30 vor Christi in sein Schwert. Kleopatra folgt Antonius freiwillig in den Tod und vergiftet sich durch den Biß einer Natter. Herrliche, farbenprächtige Szenerien!

Neu! **Hypnotisiert.** (Humor. Schlager.)

Neu! **Der Spuk im Hause.** (Burleske.)

Neu: **Die guten und schlechten Noten.** (Herrlich koloriert.)

Neu! **Das gemütliche Fest.** (Lustiges Bild.)

Neu! **Im Nildelta.** (Wunderbare Natur-Aufnahme)

Neu! **Eine Legende.** Hervorragendes Drama mit äußerst spannender Handlung.

Neu! **Elektrisiert.** (Humor. Schlager.)

Nur erstklassige Neuheiten.

Niemand versäume dieses herrliche Programm.

Ausserdem unsere bestbekannten Aktualitäten und Extra-Einlagen.

Sonntag und Mittwoch neues Programm.
821

Original-Aufnahme! **Bielefeld im Schnee.** Eisbahn, Rodeln etc.

Sensationell! Soeben eingetroffen! Neu!

Der Einzug des englischen Königspaares in Berlin.

(Wunderbare Aufnahme.)

Für feine Wäsche suchen wir
816
tüchtige Näherinnen.
S. Alsberg & Co.

Buchdruckerei Volkswacht
Schulstr. 20
Familiendrucksachen:
Verlobungskarten
Hochzeitseinladungen
Trauerbriefe etc.
Vereinsdrucksachen:
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Plakate, Statuten etc.
Saub. Ausführung. Zivile Preise

Vereinsbibliotheken empfehlen wir unser Lager
sozialistischer und gewerkschaftlicher Literatur
Kataloge gratis und franko.
Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Tische
in jeder Größe und Preislage sehr billig bei F. Mertens. 237

Küchenschränke,
Topfschränke, Anrichten, Tische, Stühle in großer Auswahl am billigsten bei F. Mertens. 238

Ehe
Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie das Engros-Lager von F. Mertens. Fabelhaft billige Preise. Beste Gelegenheit für Wiederverkäufer. Eigene Tischlerei. Lieferung ganzer Aussteuern. 6610

Matratzen.
Die allerneuesten verbesserten Stahlfedermatratzen kauft man am billigsten in der Fabrik von F. Mertens, 100 cm breit von Mk. 10.00 an. 6611

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. 6605

Dr. Cratos 812
Back- und Pudding-Pulver mit Prämienbons. Aufdruck 50 Bons. 10 Pack 60 Pfg., 100 Pack 5.85 Mk. Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße 28.

Konfirmanden-
Stiefel, sowie Gummi und Winterschuhe verkauft äußerst billig Adolf Wüllner, Güterslohersir. 39a. [820*

Messina- 785*
Apfelsinen und Zitronen Wagenladung. Probefrüchte zu Kistenpreisen. Hille.

Belohnung
erhält, wer mir nachweist, wo mein brauner Hofhund (Art Jagdhund) seit Donnerstag festgehalten wird, eventuell seit dieser Zeit neu gekauft ist. Todtenhagen, Heepen 131. [813*

Preiskat, [818
Sonnabend 9 Uhr in der Eisenhütte.

Rheinländer!
Heute frisches Pauhas, Pfd. 30 Pfg.
W. Frankenberg. 826

Empfehle
meine Bettfedern-Reinigungsmaschine zum Umfüllen und Reinigen der Betten.
M. Schöneberg, Brackwede. [6787

Kost [815*
und Logis von jungem Manne gesucht. Offerten mit Preisangaben unter I. M. an die Exped. d. Bl.

Da ist es wünschenswert, wenn die Mutter bis zum Eintreffen des Arztes, das sich oft verzögern kann, weiß, was sie zu tun hat. Das beste sind kühle Abwaschungen oder Bäder, womit niemals ein Schaden angerichtet werden kann. Man sieht sofort ein Heruntergehen des Fiebers und später ein schnelleres Verschwinden des Ausschlags. An Stelle der beängstigenden Unruhe im Fieber erfolgt Mattigkeit und Schwäche mit Neigung zur Ruhe und zum Schlaf. Schon Teilwaschungen bringen diese beruhigende und erfrischende Wirkung, die sofort in die Augen fällt. Wenn auch den Kindern das kühle Wasser zunächst unangenehm ist und sie ein mörderliches Gebrüll erheben, so darf sich die Mutter dadurch nicht davon abbringen lassen, das zu tun, was erfahrungsgemäß den besten Nutzen bringt. Die kalten Uebergießungen sollen eine Temperatur von 20 bis 25 Grad C. und eine Dauer von ¼—1 Minute haben. Dann wickelt man den Patienten in ein Laken ein und legt ihn unabgetrocknet, aber gut zugedeckt, ins Bett. Je nach der Höhe des Fiebers und der Heftigkeit der Nervenerscheinungen werden die Uebergießungen wiederholt. Man kann zwischendurch auch Einpackungen mit Halbbädern von 22—20 Grad R. oder Vollbäder von längerer Dauer und derselben Temperatur geben. Treten schwere Gehirnerscheinungen ein, so sind kühle Umschläge auf der Kopf sehr zu empfehlen. Mit diesen Maßnahmen wird bis zum Eintreffen des Arztes nichts verdorben. Leider gibt es aber noch Arbeiterfrauen genug, die aus Mangel an Intelligenz meinen, daß die Krankheit bei einer derartigen Behandlung nach „innen schlüge" und andere Gefahren mit sich bringen könnte; ja, sie suchen sogar dementsprechende Anordnungen des Arztes in der Familie der Flurnachbarn zu durchkreuzen, was sehr bedauerlich ist.

— **Zur Schankkonzessionssteuer** geht uns aus den Kreisen, welche davon betroffen werden, folgende Auslassung zu:

„In letzter Stunde möchten wir den Stadtverordneten nochmals zurufen: Lehnt die Schankkonzessionssteuer ab! **Die Wirte sind mit Abgaben schon so sehr belastet, daß es ein Unrecht wäre,** ihnen zugunsten der Allgemeinheit noch Sondersteuern aufzuerlegen. Es ist auch noch gar nicht ausgemacht, daß die Städte berechtigt sind, eine solche Steuer zu erheben. Das Gesetz gestattet nur den ländlichen Kreisen eine Konzessionssteuer einzuführen; wenn nun auch der Minister zu der Ansicht gekommen sein soll, daß auch die Stadtkreise hierzu berechtigt sind, so ist diese Auffassung noch lange kein Gesetz, und eine Klage würde vielleicht zu einer ganz anderen Entscheidung der höchsten Gerichtshöfe führen. Warum will der Magistrat die Stadt Bielefeld einer solchen Eventualität aussetzen? Es ist auch nicht richtig, daß bereits mehrere westfälische Städte die Konzessionssteuer eingeführt haben, weder in Hagen noch in Dortmund existiert sie. In Bochum ist sie von den städtischen Kollegien allerdings im Jahre 1907 beschlossen, bis heute jedoch harrt sie noch der Genehmigung. Einzig allein in Gelsenkirchen ist die Steuer eingeführt, dort ist aber der finanzielle Effekt ein solch geringer, daß dies Beispiel nicht zur Nachahmung lockt.

Darum nochmals, Ablehnung der Steuervorlage, zumal unsere finanzielle Lage die Einführung einer neuen Steuer ganz und gar nicht erforderlich macht."

— **Gemeinsames Vorgehen der Kohlenverbraucher.** Aus dem Bureau der Handelskammer wird uns geschrieben: Mit Rücksicht darauf, daß die neuen Offerten der Kohlenhandelsgesellschaft nur unwesentliche Herabsetzungen der Kohlenpreise aufweisen, ist von der Handelskammer zu Bielefeld ein gemeinsames Vorgehen der Kohlenverbraucher in Aussicht genommen, um entweder eine weitere Herabsetzung der von der Kohlenhandelsgesellschaft vorgesehenen Preise zu erzielen, oder aber um Kohlenlieferungsverträge mit außerhalb des Syndikats stehenden Zechen in die Wege zu leiten. Im Interesse der Verbraucher liegt es daher, vorläufig bei der Vergebung von Lieferungsverträgen sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen.

— **Städtisches Orchester.** Am Freitag, 12. Februar, findet im Stadttheater das dritte Volkskonzert in Form eines Wagnerabends statt. Es gelangen die Ouverturen zum „Fliegenden Holländer" und „Tannhäuser", sowie Bruchstücke aus der „Walküre" und „Parsival" und das Siegfried-Idyll zur Aufführung. Außerdem wird Herr Konzertmeister Slyver „Träume aus den fünf Gedichten" und Walters Preislied aus den „Meistersingern von Nürnberg" zum Vortrag bringen. Vielen Wünschen entsprechend ist der Anfang des Konzerts wieder auf 8½ Uhr festgesetzt. Den Vorverkauf erledigt die Musikalienhandlung Selle.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute abend wird Gustav Freytags ewig junges Lustspiel „Die Journalisten" gegeben. Herr August Junkermann spielt morgen abend den Schmied Snut in „Hanne Nüte", dem Volksstück nach der gleichnamigen Dichtung von Fritz Reuter.

— **Zum dritten Male eingebrochen** worden ist heute nacht in den Zigarrenpavillon am Schipkapaß. Im Schaufenster liegt ein großer Stein. Der Pavillon scheint sich bei den Herren Einbrechern einer besonderen Liebe zu erfreuen. Wir empfehlen den Herren, doch auch einmal einen der anderen Pavillons zu berücksichtigen. Es sind doch noch mehr Pavillons mit Zigarren in unserer Stadt vorhanden. Warum diese ungerechte Bevorzugung des einen?

— **Polizeibericht.** Der gestrige Viehmarkt war mit 26 Pferden, 91 Rindern und 1820 Schweinen betrieben. Es wurden gezahlt für Pferde 200 bis 500 Mark, für Rinder 150 bis 450 Mark, für 6 bis 8 Wochen alte Schweine 15 bis 19 Mark, für Schweine (Stangen) 25 bis 45 Mark, für Schweine (Zuchttiere) 55 bis 110 Mark. Der Handel war ziemlich gut.

Einbruchsdiebstahl. Der Arbeiter Hermann R. von hier wurde heute morgen gegen 5 Uhr dabei ertappt, wie er in den Zigarrenpavillon von Stender an der Arndtstraße einbrach, um Zigarren zu entwenden. Er wurde festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Eingeliefert ins hiesige Polizei-Gefängnis wurden 2 Personen wegen Bettelns, 1 Frauensperson wegen Gewerbsunzucht und 1 Person wegen Einbruchsdiebstahls. 26 Obdachlose erhielten Unterkunft.

Bewußtlos aufgefunden wurde gestern gegen 5½ Uhr abends an der Kaiser- und Heinrichstraßen-Ecke der etwa 60jährige Schlosser Karl R. Derselbe ist 1 Stunde nach Einlieferung ins städtische Krankenhaus gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Der Körtermin für Stiere findet am Montag, den 29. März 1909, vormittags 10 Uhr, beim Gastwirt Meyer zu Drewer in Schildesche statt.

Ein Fahrrad beschlagnahmt wurde am 1. Februar in Mülheim-Rhein (Marke Brennabor). Das Rad trägt die Nummer 525 152 und hat einen langen Sattel auf blaulackiertem Untergestell. Die Satteltasche ist gelb. Die Pedale haben schwarze Gummieinlagen. Das Rad hat Innenbremse sowie Freilauf mit Rücktrittbremse. Auf dem Hinterrad befindet sich Vollgummi. Die Griffe sind ziemlich abgenutzt. Der rechtmäßige Eigentümer des Rades kann dieses auf der Kriminalabteilung Mülheim (Rhein) in Empfang nehmen.

Gewerkschaftskollegen, Parteigenossen!

Der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, welcher im Juni des Jahres 1908 im Hamburg stattfand, beschloß nahezu einstimmig nachfolgende Resolution:

„Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen."

Gewerkschaftskollegen, Parteigenossen! Im Verbreitungsbezirk der „Volkswacht" arbeiten Tausende und Abertausende Frauen und Töchter organisierter Arbeiter zum Teil unter geradezu miserablen Bedingungen in gewerblichen Betrieben oder in der Heimindustrie. Die zuständigen Gewerkschaftsorganisationen bemühen sich schon seit Jahren, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, um mit Hilfe der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für dieselben zu erzielen, doch bisher mit wenig Erfolg. Anstatt Tausende, sind es nur Hunderte, die in der gewerkschaftlichen Organisation vereinigt sind. Die Folge davon ist, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer schlechter werden, und vielfach Hunger und Elend ständiger Gast in den Familien der betreffenden Arbeiterinnen ist.

So wie bisher kann es nicht mehr weiter gehen! Es muß dafür gesorgt werden, daß die betreffenden Arbeiterinnen über ihre Lage aufgeklärt und der zuständigen Organisation zugeführt werden. Die organisierten Arbeiter müssen, soweit es bisher nicht geschehen ist, die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses zur Durchführung bringen.

Gewerkschaftskollegen, Parteigenossen! Am Sonntag, 14. Februar, veranstaltet der Verband der Schneider und Wäschearbeiter eine allgemeine Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern, welche in der Wäscheindustrie oder Konfektion beschäftigt sind. Es soll eine Agitationsnummer der Schneiderzeitung verbreitet werden und Montag und Dienstag Agitationsversammlungen stattfinden.

Pflicht eines jeden Arbeiters muß es sein, hierbei mitzuhelfen damit die Agitation auch von Erfolg gekrönt wird. Die Lokale, wo sich die Arbeiter, welche gewillt sind, mitzuarbeiten, einzufinden haben, werden seitens der einzelnen Orte noch bekannt gegeben.

Der Ausschuß des Gewerkschafts-Kartells Bielefeld. — Die Parteileitung.

Wahlkreis Lippe.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, 28. d. M., nachmittags 1 Uhr, im „Lippischen Hof" zu Lemgo statt.

Tagesordnung.

1. Bericht und Abrechnung des Vorstandes.
2. Abrechnung von der Landtagswahl.
3. Statutenänderung.
4. Wahl des Vorstandes.

Der Vorstand. J. A.: Cl. Becker.

NB. Die noch ausstehenden Rechnungen müssen umgehend an den Kassierer, Genossen Aug. Schmuck, gesandt werden.

* **Sieker**, 10. Februar. Feuersbrunst. Heute morgen um 7 Uhr brannte die Besitzung des Fabrikaufsehers der Ravensberger Spinnerei von Gustav Rüter, Sieker 145, vollständig nieder. Das Haus wurde von vier Familien bewohnt, die aber nur sehr schlecht versichert waren.

i. **Brackwede**, 9. Febr. Auf der Jagd nach Kriegern. Auf der Glashütte ist der Beamte Schrader fleißig bemüht, dem Brackweder Kriegerverein neue Mitglieder zuzuführen. Herr Schrader möchte gern den Verlust an Mitgliedern, den der Verein durch Gründung des Kriegervereins in Quelle erlitten hat, wettmachen. Er fordert den Glasmachern, die gedient haben, die Pässe ab und „ersucht" sie, doch dem Kriegerverein beizutreten. Und das geschieht zu einer Zeit, wo Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorgenommen werden! Werden die Arbeiter, welche die Mitgliedschaft beim Kriegerverein erwerben, vielleicht von der Entlassung verschont? Oder sollen gar durch die Mitgliederwerbung für den Kriegerverein die Böcke von den Schafen geschieden werden?

* **Herford**, 9. Febr. Löhne für Notstandsarbeiten. Recht lebhafte Beschwerden über die von der Stadt an die Notstandsarbeiter gezahlten Löhne von 1,80 Mk. pro Tag wurden in der Kartell-Versammlung am 6. Februar vorgebracht. Das Gewerkschaftskartell hat beschlossen, folgende von der Versammlung einstimmig angenommene Resolution an das Stadtverordneten-Kolleg einzureichen:

„Die heute im Lokale des Herrn Hillert tagende ordentliche Monatsversammlung des hiesigen Gewerkschaftskartells nimmt durch die Vertreter der Bauarbeiter-Organisationen davon Kenntnis, daß der Magistrat der Stadt Herford den von der Stadt beschäftigten sogenannten Notstandsarbeitern einen Tagelohn von 1,80 Mk zahlt.

Die Versammlung beschließt, folgende Eingabe an das Stadtverordneten-Kolleg zu richten:

Das wohllöbl. Stadtverordneten-Kolleg wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die von der Stadt beschäftigten Notstandsarbeiter wenigstens den ortsüblichen Tagelohn von 2,70 Mark zu zahlen

Begründung: In der Woche vom 1. bis 6. Februar 1909 sind vom Magistrat der Stadt Herford eine Anzahl Arbeiter zum Reinigen der Straßen von Schneemassen beschäftigt worden. Diesen Arbeitern ist bei einer Arbeitszeit von neun Stunden pro Tag ein Lohn von 1,80 Mk. gezahlt worden.

Ganz abgesehen davon, daß diese Arbeit gar nicht als Notstandsarbeit anzusehen ist und deshalb nach den üblichen Lohnsätzen hätte bezahlt werden müssen, liegt die Befürchtung nahe, daß der Magistrat nicht geneigt zu sein scheint, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Löhne für die Notstandsarbeiten gegen die der früheren Jahre entsprechend zu erhöhen.

Vom sozialen Gesichtspunkte aus betrachtet soll die Notstandsarbeit den Zweck haben, den arbeitslosen Arbeiter vor Not zu schützen. Es soll verhindert werden, daß durch die Arbeitslosigkeit des Ernährers die Existenz der Arbeiterfamilien gefährdet wird. Soll dies aber geschehen und will die Gemeinde die ihr zufallende Verpflichtung erfüllen, so ist es dringend geboten, daß man dem Familienvater wenigstens den ortsüblichen Tagelohn für die teils ungewohnte und daher schwere Arbeit gewährt. Bei der Zahlung eines Lohnes von 1,80 Mk. kann von einer Sicherung der Existenz nicht im entferntesten die Rede sein, eine solche Lohnhöhe kommt vielmehr einer Ausnützung der durch die Arbeitslosigkeit verursachten Notlage gleich.

Die Versammlung ersucht deshalb das wohllöbl. Stadtverordneten-Kolleg, diesen, der Stadt Herford nicht zur Ehre gereichenden Zustand beseitigen zu helfen und hierzu dem Magistrate eine Erhöhung des Tagelohnes für die Notstandsarbeiter nahe zu legen.

Herford, den 6. Februar 1909.

Das Gewerkschafts-Kartell."

* **Herford**, 9. Februar. Theater-Vorstellung. Unsere nächste Vorstellung für das Gewerkschafts-Kartell findet am Sonnabend, den 27. Februar, statt. Dem allgemein ausgesprochenen Wunsche entsprechend ist der Beginn für diesmal auf abends 8½ Uhr festgesetzt. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Die Logenbrüder". Karten sind bei den Vertrauensleuten zu haben. Letztere haben die Karten im Sekretariate abzuholen.

In dem Bestreben, unseren Kindern auch eine Freude zu machen, ist an einem schulfreien Nachmittag eine Vorstellung, bestehend aus Märchen-Erzählungen und anderem, geplant. Der Eintritt hierzu soll frei sein. Die organisierten Kollegen wollen sich rechtzeitig mit Karten versehen. Wünschenswert ist es auch, daß sich eine Anzahl Frauen zur Verfügung stellt, um die Kinder in Ordnung zu halten.

* **Blotho**, 8. Febr. Wassersnot. Fast hätte das Hochwasser uns einen bösen Strich durch die Rechnung und die Abhaltung des Winterfestes des Arbeiter-Gesangvereins unmöglich gemacht. Das Festlokal, der „Kaisersaal", liegt in der Mühlenstraße und diese ist, wenn, wie in diesem Jahre, das Wasser der Weser so ganz außergewöhnlich hoch steigt, dann unter Wasser, wenigstens die am niedrigsten gelegenen Gebäude, resp. deren Kellerräume und Höfe. So kam es denn, daß am Sonnabend, unter fortwährendem Steigen des Wassers, die Kellerräume unter dem „Kaisersaal", welche früher von einer Destillationsfirma als Fabrikations- und Lagerräume benutzt wurden, hoch mit dem edlen Wesernaß gefüllt waren. Das hätte am Ende dem Vergnügen keinen Abbruch getan, es wäre dann eben „Ueber den Wesien" gefeiert worden, aber der Hof, über den die Seitenrein Notausgänge aus dem Saal führen, war unter Wasser, und die Ausgänge bis auf den Haupteingang nicht zu benutzen. So wurde denn seitens der Polizei für den Fall, daß bis zur Stunde des Festes dieser Uebelstand nicht behoben sei, die Abhaltung des Festes inhibiert. Glücklicherweise trat im Laufe der Nacht ein Fallen des Wassers ein, so daß das Fest unter äußerst starker Beteiligung und ungestörtem Verlauf hat stattfinden können.

Sonst ist von dem Hochwasser, das ständig fällt, von größeren Schäden hier am Orte nichts zu berichten.

* **Blotho**, 9. Febr. Montag abend fand hier eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung im „Kaisersaale" statt. Gauleiter Schlüter erstattete den Bericht vom Tabakarbeiter-Kongreß. Die Versammlung war leider nicht gut besucht; die Arbeiter scheinen sich hier am Orte nach und nach der Meinung hinzugeben, daß sie nun genug getan haben und alles der Zukunft überlassen können. Daß dem nun keineswegs so sei, wurde den Versammelten seitens Schlüters und des anwesenden Fabrikanten Schöning klargemacht und zu weiteren Abwehrmaßregeln aufgefordert. Zunächst wird eine Konferenz von Tabakarbeitern nach Herford einberufen, diese soll eine Petition an den Reichstag vorbereiten. Auch die Absendung von alten Arbeitern, die die 79er Steuererhöhung und ihre Drangsale mitgemacht haben, wurde durch Herrn Schöning in Vorschlag gebracht und von Schlüter befürwortet, diese Alten sollen sich eventl. an die Reichstagskommission zur angebrachten Zeit heranmachen und auf diese einwirken.

* **Brake** (Lippe), 9. Febr. Gründung eines Soz. Vereins. Hier ist ein Ortsverein gegründet worden. Sofort beigetreten sind 17 Genossen, doch hoffen wir, daß sich in kurzer Zeit die Zahl verdoppelt. Als Vorsitzender wurde Ziegler Heinrich Mesch, als Kassierer Zigarrenmacher Reuter und als Schriftführer Zigarrenmacher Conrad Meier gewählt. Beschlossen wurde u. a., jeden ersten Sonntag im Monat, 8½ Uhr abends, eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen. Pflicht der Genossen ist es nun, dem Verein immer neue Mitglieder zuzuführen.

* **Lage**, 9. Febr. Unser Stadtparlament hatte sich heute zu einer Versammlung auf dem Rathause eingefunden. Zu dieser waren 17 Stadtverordnete und Bürgermeister Lüning erschienen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, kamen zwei Schreiben zur Verlesung. In dem einen ersuchen die Anwohner der Tristerstraße, die Verbreiterung dieser Straße schleunigst vornehmen zu lassen. Sie sind bereit, den Grund und Boden unentgeltlich herzugeben und die übrigen Kosten der Verbreiterung zu tragen. Die Arbeiten sollten aber schnell in Angriff genommen werden, da hierdurch die arbeitslosen Ziegler beschäftigt würden. In dem anderen Schreiben erklärt der Gastwirt Schröder an der Bahnhofstraße, daß er den Aufforderungen des Magistrats, Bebauung des von ihm erkauften Grundstücks und Zahlung von 1000 Mk. Konventionalstrafe nicht nachkommen könne. Die Gehaltsfestsetzung für den Sparkassenkassierer auf 2500 Mk. wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Bis jetzt bezieht der Kassierer ein festes Gehalt und Tantieme. Um die Tantieme aus der Welt zu schaffen, hatte der Magistrat diesen Antrag gestellt. Die Eingabe der Schützengilde, betreffend Schießstand, geht dahin, daß die Schützengilde die Bruchpfuhlwiese erwerben will, um einen neuen Scheibenstand zu errichten. Gegen diesen Verkauf sprechen sämtliche Redner; einige sind wohl bereit, den Platz auf längere Jahre zu verpachten. Das Gesuch der Schützengilde wurde abgelehnt, doch waren die Stadtverordneten bereit, in Verhandlungen mit der Schützengilde zu treten, betreffend Verkauf eines anderen Platzes. Zu diesem Behufe soll eine Kommission gewählt werden. — Im Laufe der Tristerstraße ist im Jahre 1897 ein Platz geplant, der dem Magistrat heute zu groß erscheint. Er hat daher eine Aenderung des Bebauungsplanes vornehmen lassen und bittet um Zustimmung der Aenderung. Gleichzeitig mit diesem Punkte wurde die Eingabe der Anwohner der Straße beraten. Der Antrag des Magistrats, betreffend die Verkleinerung des Platzes an der Tristerstraße, wurde angenommen und der Eingabe der Anwohner insoweit zugestimmt, als es sich um die Verbreiterung der Straße handelt. Den Schluß der Verhandlungen bildete die Verfügung der fürstlichen Regierung, Prüfungsordnung für städtische Beamte betreffend.

* **Minden**, 9. Febr. Die Versammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins am 8. Februar befaßte sich in eingehender Weise mit den von der hiesigen Stadtverwaltung in Angriff genommenen Notstandsarbeiten. Es wurde scharf gerügt, daß die Stadtverordneten nicht die traurige Lage der arbeitslosen Arbeiter begriffen haben, denn sonst würde nicht für diese Arbeiten ein Stundenlohn von 18 Pfg. gezahlt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Minden erhebt entschieden Protest gegen den 18-Pfennig-Stundenlohn für Notstandsarbeiten, die vor den Stadtverordneten beschlossen sind. Ein solcher Lohn reicht nicht aus, um den Kräfteverbrauch der geleisteten Arbeit zu ersetzen, geschweige denn die Not der Familien zu lindern."

* **Dortmund**, 9. Febr. Im benachbarten Dorstfeld wurden heute in früher Morgenstunde zwei überaus heftige Erderschütterungen verspürt, deren Ursache bisher nicht festgestellt werden konnte.

Standesamts-Nachrichten.

Herford Stadt. Nachrichten vom 1. bis 6. Februar 1909:

Geburten: Söhne: Bahnarbeiter Heinrich Höcker, Fabrikarbeiter Wilhelm Eickmeier, Arbeiter Friedrich Uphoff, Zuschneider Wilhelm Hagmeister, Tischler Wilhelm Pönighaus, Arbeiter Karl Kaiser.

Töchter: Zuschneider Richard Brosig, Handlungsgehilfe Heinr. Mieger, Schriftsetzer Wilhelm Kuhlmann, Bäckermeister Friedr. Niebur, Tischler Friedrich Friedrichs, Arbeiter Herm. Schlüter, Dekorateur Hubert Beyer, Tischler Wilhelm Künkemeyer, Bahnarbeiter Wilhelm Sondergeld, Wirt Hermann Freitag, ferner 1 uneheliche.

Aufgebote: Schmied Michael Preis und Margarete Bauer; Arbeiter Hermann Wiebrock und Anna Beinfohr; Fuhrmann Wilhelm Rekerbrink gen. Reker und Alwine Rethmeier; Zimmermann Otto Höse und Anna Lamprecht.

Eheschließungen: Bildhauer Friedrich Hausmann und Emma Aufmann; Tischler Friedrich Schulz und Witwe Emma Steinkamp; Maschinist Gustav Möller und Sophie Dücker; Stellmacher Alfred Meyer und Minna Brackmann; Fabrikarbeiter Heinrich Oberdiek und Henriette Remmert.

Sterbefälle: Landwirt Heinrich Kötter, 79 J.; Ehefrau Minna Brockmann, 58 J.; Gertrud Gößling, 4 Monat; Amanda Kruse, 2 J.; Elisabeth Stumpe, 11 Monat; ferner zwei Totgeburten.

* * *

Amt Enger. Vom 29. Januar bis 4 Februar.

Geburten: Söhne: Zigarrensortierer Heinr. Pohlmann, Enger; Schlachter Hermann Grundmann, Enger; Landwirt Hermann Abler, Westerenger; Lokomotivführer Adolf Burgdorf, Enger; Teppichweber Hermann Rottmann, Herringhausen.

Töchter: Handarbeiter Herm. Schlomann, Dreyen; Schlosser Emil Mehloff, Enger; Landwirt Gustav Holzgräfe, Oldinghausen; Maurer Gustav Rottmann, Enger; Maurer Wilhelm Niehaus, Enger.

Eheschließungen: Kolon Eduard Hartwig, Siele, und Luise Schaade, Spenge; Kaufmann Karl Eggeringhausen, Enger, und Helene Hildebrand, Enger; Gastwirt Karl Hildebrandt, Enger, und Alwine Nienaber, Bethel bei Bielefeld.

Sterbefälle: Paula Luise Marie Holzgräfe, Oldinghausen, 2 Tage; August Schröder, Enger, 8 Tage; Gottfried Otto Krienke, Enger, 5 Jahre; Handarbeiter Hermann Heinr. Heidbrink, Enger, 53 Jahre; Witwe Anna Marie Ilsabein Spreleler geb. Barmeyer, Enger, 64 Jahre.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Fabelhaft billig!

Kleiderschränke,
Küchenschränke,
Waschtische,
Sofas,
Tische,
Stühle,
Bettstellen,
Matratzen

bei 824

F. Mertens.

Dalli-Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Otto Schmidt,
Spezial-Geschäft für Butter, Eier, Käse,
Bahnhofstrasse 18

empfiehlt:

ff. Tafelbutter	Pfund	1.30	Mark,
Schweizerkäse	„	1.00	„
Edamerkäse	„	0.80	„
Holländerkäse	„	0.80	„
Harzerkäse	4 Stück	0.10	„
Bauernkäse	1 „	0.05	„
Fromage de Brie	Pfund	1.10	„

817] sowie noch verschiedene Sorten französischen **Weichkäse.**

Holzarbeiter-Versammlungen
finden statt:

Mittwoch im Lokale von **Husemann**, Göbenstraße,
Donnerstag „ „ „ **Freese**, Heeperstraße,
Freitag „ „ „ **Kahl**, Herforderstraße,
Sonnabend „ „ „ **Strothotte**, Jöllenbeckerstr.

Die Versammlungen beginnen sämtlich **abends 6½ Uhr** mit der

Tagesordnung:

Kämpfe und Erfolge durch 25jährige organisatorische Tätigkeit im Holzgewerbe.

Referent: Kollege **C. Schreck.**

Es ist Pflicht jedes Berufskollegen, für starken Besuch dieser Versammlungen zu sorgen. 788

Rechnungs-Formulare
liefert prompt in sauberer Ausführ. **Buchdruckerei „Volkswacht".**

Avis-
Einladungs-
Eintritts-
Fest-
Geschäfts-
Gratulations-
Kondolenz-
Menu-
Speise-
Verlobungs-
Visiten-
Wein-

Karten

liefert in sauberster Ausführung schnell und billig

Buchdruckerei „Volkswacht",
Bielefeld, Schulstrasse 20.

Stadttheater.

Heute, abends 7½ Uhr:
Die Journalisten.

Donnerstag, den 11. Februar 1909, abends 7½ Uhr:
2. außerordentliches Gastspiel des Kgl. Hofschauspielers **Aug. Junkermann**
Hanne Nüte.

Hansa-Backpulver



ist das Beste!
Stahmer & Wilms
Hamburg

Für 50 Hansabons erh. Sie eine Dose ff. Kakes gr. u. frc. v. u. Vertr.

Sargmagazin Heinr. Brüngers
Webereistraße 6
Telephon 1298
empfiehlt: [449*
Särge u. Leichenausstattung
eigene Leichenwagen
für Erwachsene und Kinder.
Reelle Bedienung.

Für die Konfirmation

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

nur gute Qualitäten, in allen Preislagen.

Georg Meier, Reichspoststr. 4

gegenüber der Hauptpost.

814

Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 5. Februar, nachm. 3 Uhr, entschlief sanft und unerwartet unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegertochter und Tante

Rosalie Heidewitz
geb. Külke [825*

im Alter von 48 Jahren

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Geschwister
nebst Angehörigen.

Bielefeld, Berlin, Jesnitz i. S.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachm. 2½ Uhr vom Städt. Krankenhause nach dem neuen Friedhof in Sieker statt.



Phonographen von **4.50** an
Sonstige Apparate, Walzen, Platten, sowie alle Musik-Instr. in grösster Auswahl.
Fr. Werpel, Herford
Spezialgeschäft [3960
für Musik-Instrumente.



In der Buchhandlung „Volkswacht" ist zu haben:
Das Buch der Tierwelt.
Von
W. Lackowitz.
944 Seiten,
400 Abbildungen und Kunstbeilagen.
Preis 3.50 Mk.

Die Geschäftsleute, die in der „Volkswacht" inserieren, wolle man bei Einkäufen berücksichtigen.

822* **Todes-Anzeige.**

Am Montag, nachmittags 5 Uhr, starb infolge eines Unglücksfalles unser lieber Vater, Großvater, und Onkel

Heinrich Faust

im Alter von 70 Jahren. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an
Die trauernd. Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Johannisfriedhofs aus statt.

Versteigerung.

Laut Auftrag werde ich am **Freitag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr,** bei Herrn Spediteur **S. Dreyer sen.,** im Lagerhause, Bahnhofstr. 4, hierselbst

eine Partie Schuhwaren, 4 gußeiserne Kanaldeckel, 100 kg eis. Ketten (für Krähne), 3 Sack Zement, 1 Kiste Wein, 1 Trommel Carbid, 1 Partie Fliegenfänger, 1 Sack Fegematerial, Steinplatten für Grabeinfassungen, 3 Paar Scherdeichselbäume, 1 Fahrrad, 1 Partie Kleider u. Wäsche etc.

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern. Die Sachen sind teils **neu,** teils gebraucht u. können vorher besichtigt werden. [819*

August Schnelle,
beeid. u. öffentl. angestellt. Versteigerer.

Trinkt Aha's Excelsior! 83

Hochzeits-Einladungen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

!377
Möbel
auf
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

Wer wäscht
brauche nur
Dr. Henkel's Waschmittel.

Millionenfach erprobt und bestbewährt; über 30jährige Erfahrungen in der Branche, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, beliebt
in der ganzen Welt.

Persil:
Pakete à 35 u. 65 Pfg.

Das idealste und vollkommenste **selbsttätige** Waschmittel von noch nie dagewesener Wasch- und Bleichkraft.

Wäscht von selbst
ohne jede Arbeit und Mühe, ohne Reiben und Bürsten, ohne zweimaliges Kochen, ohne Zusatz von Seife und Soda, ohne Waschbrett. Nur einmaliges halbstündiges Kochen und die Wäsche wird blendend weiss, frisch und duftig
wie von der Sonne gebleicht!

Enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld, grösste Schonung der Wäsche, da garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung.

Dixin:
Paket 25 Pfg.

Im Gebrauch **billigstes,** unerreichtes Waschmittel, erleichtert die Arbeit; kein Bürsten und Waschbrett. Nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine, bleicht wie auf dem Rasen und ist absolut unschädlich. Schont das Gewebe, da frei von Chlor und scharfen Stoffen.

Henkel's Bleichsoda:

Die beste Waschhilfe, vorzüglich zum Einsetzen der Wäsche; unentbehrlich in jedem Haushalt zum Reinigen von schmutzigen Gegenständen, Küchengeschirr und Holzgeräten, zum Scheuern von Böden und Wänden beim Hausputz etc.

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften!
Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf.**
811

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Bielefeld.

Nachruf.

Am Montag, 8. Februar, starb infolge eines Unglücksfalles unser treues Mitglied

Heinrich Faust

im Alter von 70 Jahren. 825

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Johannisfriedhofs aus statt, und ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung. Sammelpunkt 3 Uhr bei Heißenberg, Ritterstraße 97.

Die Ortsverwaltung.

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht".



Paletots, Anzüge
auf [376
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.